

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepaßte Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Breg. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften.

Es ist kein Zweifel, daß sich der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften immer mehr zuspitzt. Die Unternehmerverbände haben durch eine geschickte Beeinflussung der bürgerlichen Presse den Boden für einen Generalangriff auf die gesamte Sozialpolitik vorbereitet. In welchem Zusammenhang es auch sei; immer wieder liest das staunende Publikum, daß die verpönte Sozialpolitik an allem Unglück die Schuld hat. Nach Meinung dieser Leute hätten wir mit einer Wirtschaftskrise überhaupt nicht mehr zu rechnen, wenn die sogenannten sozialen Lasten erleichtert, das verpönte Schlichtungsverfahren und andere Fürsorgemaßnahmen gegen die schrankenlose Willkür des Unternehmertums verschwinden würde. Es gilt, dieses Spiel zu durchschauen und zur Gegenoffensive zu rufen.

Eine aktive Sturmkolonne für das Unternehmertum ist der Hansabund. Bereits früher hat er mit Denkschriften die Öffentlichkeit bombardiert, in denen in schärfster und demagogischer Weise gegen die Sozialpolitik gehetzt wurde. Neuerdings wird von diesem famosen Bund wiederum eine Denkschrift verbreitet, die zu den Steuerunterlagen der Regierung Stellung nimmt. Bekanntlich vertriehen sich die bürgerlichen Parteien hinter allerhand Ausreden, wenn sie vom Reichsfinanzminister aufgefordert werden, positive Vorschläge zur Deckung des Fehlbetrages im Reichsetat zu machen. Nun ist der Hansabund in die Bresche getreten mit einem Vorschlag, der eine Ersparung von 490 Millionen Mark an Ausgaben vorsieht. Der größte Teil dieser Sparvorschläge entfällt auf das Reichsarbeitsministerium mit 266 Millionen Mark. Die fortwährenden Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung (Steuerüberweisungen) sollen mit 89 Millionen Mark, die des Reichswehrministeriums mit 35 Millionen Mark, und die des Verkehrsministeriums mit 17 Millionen Mark gekürzt werden. Bei den einmaligen Ausgaben sollen 51 Millionen Mark, darunter 12,4 beim Reichswehrministerium und 10,6 beim Verkehrsministerium abgestrichen werden.

Man muß sagen, daß der Hansabund aufs Ganze geht. Bei den Streichungen der Ausgaben des Reichsarbeitsministers handelt es sich um folgende: Durch Aufhebung des § 205d der Reichsversicherungordnung soll das Reich von der Leistung des Zuschusses zur Familienwochenhilfe befreit, der dafür eingestellte Betrag von 32 Millionen Mark gestrichen und den Krankenkassen auferlegt werden. Ferner soll aus dem Reichshaushalt die Summe von 163,9 Millionen Mark gestrichen werden, die das Reich der Invalidenversicherung zur Befriedigung von Rentenansprüchen zu zahlen hat. Darüber hinaus sollen 20 Millionen Mark Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung (Pauschalbeiträge) gestrichen werden. Bei der Krisenfürsorge und der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge schlägt der Hansabund die Kürzung des Etats in Höhe von 175 Millionen Mark um 55 Millionen Mark vor. Man bedenke, daß der Arbeitsmarkt sich zur Zeit in einer Lage befindet, wie noch niemals zuvor. Der Hansabund leitet seine Großzügigkeit in dieser Frage von der Meinung her, daß die Einleitung einer umfassenden Neuorientierung auf dem Gebiete des Steuer- und Finanzwesens zu einer starken Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und somit zu einer Entspannung des Arbeitsmarktes führen würde. Würde man nicht, daß die Herren des Hansabundes quieschvergnügt auf Erden wandeln, so könnte man annehmen, daß sie auf dem Monde leben. Es gehört schon eine große Unkenntnis über die Antriebskraft der Wirtschaft dazu, wenn man annimmt, daß durch die Ersparung der sozialpolitischen Ausgaben eine ungeheure Blütezeit der Wirtschaft eintreten würde.

Die Denkschrift des Hansabundes, das tägliche Trommelfeuer in der Presse, die Kampfmaßnahmen der Unternehmerverbände und vieles andere bilden den entscheidenden Hintergrund für die große Offensive, die man gegen die Arbeiterklasse einzusetzen bemüht ist. Da eine Reichsregierung mit sozialistischem Einschlag vorhanden ist, hält man jetzt einen energischen Vorstoß am geeignetsten. Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, was sie zu tun und zu lassen hat. In der Sozialpolitik darf es kein Zurück geben. Die Errungenschaften auf diesem Gebiete sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Gewerkschaftsarbeit. Deshalb sind schärfster Widerstand und nötigenfalls eine energische Gegenoffensive am Platze.

Der Achtstundentag vor dem Internationalen Arbeitsamt.

Am 11. März 1929 trat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zusammen. Die englische Regierung will bekanntlich eine Revision des Washingtoner Achtstundentag-Abkommens. Reichsarbeitsminister Wissell führte in der Diskussion aus:

Wenn ich die Vorlegungen des englischen Arbeitsministers richtig erfaßt habe, was ich glaube, so will England

an den Grundgedanken des Washingtoner Abkommens nicht rühren, besonders den Kern, den Achtstundentag, nicht antasten. England wünscht eine Klarlegung der Zweifel. Ich muß zugeben, daß an einer solchen Klarlegung ein Interesse besteht. Auch Deutschland ist daran interessiert, daß das Abkommen in allen ratifizierenden Ländern gleichartig ausgelegt und gleich streng durchgeführt wird. Aber es ist doch schon eine weitgehende Übereinstimmung in den Auslegungen erzielt. Fast alle Fragen, die die englische Regierung aufgeworfen hat, sind bereits Gegenstand der Besprechungen in London im Jahre 1926 zwischen den Arbeitsministern von England, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland unter Mitwirkung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, gewesen. In fast allen Punkten gelangte man zu einer übereinstimmenden Auslegung. Deutschland ist der Meinung, daß dadurch eine ausreichende Grundlage für die Ratifikation besteht. Deutschland hat seit der Londoner Konferenz die Ratifikation mit Nachdruck betrieben. Wir haben unsere Gesetzgebung den Anforderungen des Washingtoner Abkommens mehr und mehr angepaßt und in der Zwischenzeit dem Reichstag den Gesetzentwurf des Arbeitsschutzgesetzes vorgelegt, der die letzten Hindernisse der Ratifikation beseitigen soll, und wir haben das Ratifikationsgesetz, das dem Reichstag vorliegt, nur deshalb dem Parlament noch nicht

in dieser bedeutsamen Stunde nochmals eingehend prüfen zu wollen, ob sie uns nicht auf diesem Wege folgen können.

Ich glaube, man soll das Erreichbare wählen. Schaffen wir durch die Ratifikation eine zuverlässige Grundlage und arbeiten wir dann an einer Verbesserung des Erreichten. Die Auslegungsschwierigkeiten, glaube ich, dürfen uns nicht schrecken. Auch gegen die deutschen Auslegungen des Washingtoner Abkommens kann man das eine oder andere einwenden. Deutschland ist bereit, derartige Zweifel zu beseitigen. Deutschland würde sich dem Verfahren unterwerfen, wenn seine Auslegungen von den maßgebenden Instanzen beanstandet werden sollten und auch die Folgerungen daraus ziehen. Andere Regierungen haben sich bereits auf diesen Standpunkt gestellt. Ich frage mich, ob das nicht alle Regierungen können. Wenn das nicht möglich ist, dann muß Deutschland zu dem englischen Standpunkt Stellung nehmen, und diese Entscheidung ist schwierig und verantwortungsvoll. Denn so wichtig auf der einen Seite die gradlinige Fortsetzung der deutschen und internationalen Arbeitszeitpolitik ist, so schwierig wäre es, wenn England etwa erklärte, das jegliche Abkommen nicht ratifizieren zu können, den englischen Antrag abzulehnen und damit den Weg zur allgemeinen Ratifikation zu versperren. Ich suche nach einem Wege, dem englischen Wunsche entgegenzukommen, ohne das Ganze in Frage zu stellen. Eine Menge der Anstände betreffen nicht den großen Grundgedanken des Washingtoner Abkommens und gerade deshalb möchte ich, daß England auch ratifiziert und damit den anderen Ländern, die darauf warten, ermöglicht, ebenfalls zu ratifizieren.

Nun frage ich mich, ob es nicht möglich wäre, in einer noch zu prüfenden Weise die sechs Londoner Punkte in ein Zusatzabkommen oder in das Washingtoner Abkommen selbst aufzunehmen, und damit sowohl die gewünschten juristischen Begriffsbestimmungen zu erzielen, wie das Londoner Abkommen mit dem Washingtoner Abkommen zu vereinigen ist. Dasselbe hat ja auch Jouhaux vorgeschlagen. Bei einem solchen Verfahren wüßten wir wenigstens, was wir von einer Revision zu erwarten haben und liefen nicht Gefahr, das einmal Erreichte wieder zerstören zu müssen. Ich bitte mich nicht mißzuverstehen. Deutschland kann sich mit dem Washingtoner Abkommen in seiner heutigen Fassung begnügen. Wir würden es an sich auch nicht gern sehen, wenn die Ratifikation wieder hinausgeschoben würde. Aber wenn dies der einzige Weg ist, um eine Ratifikation durch England zu erreichen und wenn die bestimmte Aussicht besteht, daß dieser Weg auch wirklich zur Ratifizierung durch England führt, so würde Deutschland diesem Verfahren zustimmen können. Damit ist ja nicht ausgeschlossen, daß außer der Aufnahme der sechs Londoner Punkte noch später die übrigen Zweifel aufgeheilt werden. Ich bitte die englische Regierung, diese Möglichkeiten zu prüfen und zu sagen, ob ihre Ratifikation dann auch sicher erfolgen wird.

Die französischen und belgischen Arbeitnehmervertreter lehnen die englischen Revisionsvorschläge ab. Die Arbeitgebergruppe ließ durch ihren Vorsitzenden, den deutschen Kommerzienrat Vogel, erklären, daß sie die englischen Revisionswünsche unterstützen. Diese Unternehmer-Erklärung beweist deutlich, daß die Arbeiterschaft von der gegenwärtigen englischen Regierung nichts Gutes zu erwarten hat. In der hierauf folgenden Abstimmung lehnte der Verwaltungsrat sämtliche Anträge auf Revision des Achtstundentages ab.

Das Reichsarbeitsgericht gegen die Maifeier.

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht unter Vorsitz von Reichsgerichtsrat Staffel mit der arbeitsrechtlichen Bedeutung des 1. Mai und fällte eine Entscheidung, die für die deutschen Staaten, in denen der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag ist, von größter praktischer Bedeutung, für das gesamte deutsche Arbeitsrecht aber auch von höchster grundsätzlicher Wichtigkeit ist.

Der Sachverhalt ist folgender: Auf dem Rittergut Grefkewitz in Pommern teilten am 30. April 1928 die Betriebsratsmitglieder dem Rittergutsbesitzer mit, daß sie auf Grund eines Beschlusses des Deutschen Landarbeitersverbandes am 1. Mai nachmittags nicht zur Arbeit erscheinen würden. Der Unternehmer teilte ihnen darauf mit, daß er damit nicht einverstanden sei. Trotzdem folgten die freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder der Parole ihrer Gewerkschaft. Die Folge war fruchtlose Entlassung. Die drei Betriebsratsmitglieder erhoben darauf Klage auf Weiterzahlung von Gehalt und Deputatlohn bis zum Ablauf der Kündigungsfrist.

Das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht gaben der Klage statt.

Das Landesarbeitsgericht in Steffin führte in der Urteilsbegründung aus, daß zu prüfen sei, ob das Verhalten der Kläger nach § 16 der vorläufigen Landarbeitsordnung ein Grund zur fruchtlosen Entlassung bildet, ob insbesondere eine beharrliche Verweigerung der Dienstleistungen vorliege. Das muß verneint werden. Die Maifeier findet in einer Jahreszeit statt, in der nur wenig landwirtschaftliche Arbeiten ver-

Auferstehung.

Laßt die Herzen brennen,
taucht die Brust in den Sturm,
schreiet weit in das Land
und ruf in den Tag:
Opfern will werden!

Schon sprengen die Knospen
das dunkle Geäst.
Aus dumpfer Verwesung
steigt neue Saat
leuchtend heraus.

Auch du sollst erstehen.
Die Fahnen der Freiheit,
die man erschlug und begraben,
entfallen wie einst
ihr leuchtendes Rot.

Glaubt nicht an Wunder, ihr Armen!
Was starb, muß verwehen.
Doch Leben zeugt Leben,
und drängt nach Entfaltung.
Auferstehung ist Tat!

Erich Orisar.

unterbreitet, um nicht den Genfer Verhandlungen vorzugreifen. Wenn das Revisionsverfahren eingeleitet wird, so würden der deutschen Gesetzgebung daraus große Schwierigkeiten erwachsen. Die feste Grundlage, auf der sie beruht, würde ins Schwanken geraten. Der Wunsch würde entstehen, das Ergebnis einer Revision abzuwarten, die Notwendigkeit, sich dem geänderten Abkommen anzupassen, und in ähnlicher Lage sind wohl alle Länder, die die Ratifikation vorbereitet oder schon vollzogen haben.

Die Frage ist: wird durch die Revision die allgemeine Ratifikation des Abkommens gefördert oder erschwert. Verzögert wird sie dadurch bestimmt, und zudem wissen wir ja auch noch gar nicht, was die Revision bringen wird. Die englische Regierung hat gesagt was ihr unklar ist. Sie hat uns aber noch nicht gesagt, welche Fassung des Abkommens sie selbst erstrebt, und selbst wenn wir darin ganz klar sehen würden, so würde das Ergebnis immer noch nicht feststehen. Das englische Revisionsprogramm umfaßt 15 Punkte. Fast alle wichtigen Bestimmungen sind also von neuem zur Verhandlung gestellt. Wer kann aber übersehen, welche weiteren Fragen von anderer Seite noch etwa aufgeworfen werden, und wer kann das Ergebnis einer eventuellen Revision vorausberechnen. Niemand ist dazu im Stande. Sollte die Revision etwa zu einer Auflockerung führen, also zu einer Verringerung des gegenwärtigen sozialen Schutzes führen, so würde die deutsche Regierung einen solchen Rückschritt aufrichtig bedauern. Sollte aber eine schärfere Fassung des Abkommens das Ergebnis der Revision sein, so erscheint eine derartige Verbesserung durchaus noch nicht unter allen Umständen als zweckmäßig. Es genügt nicht, einen jeden Zweifel ausschließendes Abkommen zu haben, es kommt, meine ich, in erster Linie darauf an, daß das Abkommen überall gilt. Wäre es nicht zweckmäßig, das Abkommen in seiner bisherigen Fassung, vielleicht mit einer Modifikation zu ratifizieren und die sicher erstrebenswertere weitere Verbesserung anheimzustellen? Dazu ist Deutschland bereit, und ich bitte die anderen Regierungen,

richtet werden. Auch hatten die Kläger Vorfrage getroffen, daß auch in ihrer Abwesenheit die Menstflektion regelrecht vor sich ginge. Die Beteiligung der Kläger an der Maifeier hatte also keinerlei wirtschaftliche Schädigung des Besitzers zur Folge. Unter dieser Voraussetzung ist aber dem Beklagten, auch wenn er ein politischer Gegner der Kläger ist, in einem demokratischen Staatswesen, wie es das Deutsche Reich ist, zuzumuten, daß er den politischen Ansichten seiner Arbeiter duldsam gegenübersteht. Insbesondere war von ihm zu bedenken, daß große Teile der Arbeiterschaft der Maifeier mit leidenschaftlicher Hingebung anhängen, darauf war von ihm gebührende Rücksicht zu nehmen. Aus diesen Erwägungen ergebe sich, daß ein allgemeiner Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorgelegen habe und auch keine beharrliche Arbeitsverweigerung.

Das Reichsarbeitsgericht hat es nicht für notwendig gehalten, sich diesen sozialen Erwägungen der beiden Vorinstanzen anzuschließen, sondern hat die fristlose Entlassung der Betriebsratsmitglieder für berechtigt erklärt. Begründung: Der 1. Mai ist in Preußen kein gesetzlicher Feiertag. Im übrigen liegt beharrliche Arbeitsverweigerung vor.

Die Tatsache, daß das Reichsarbeitsgericht aus einem einmaligen Fehlen eine "beharrliche Arbeitsverweigerung" konstruiert hat, beweist, wie wenig es im vorliegenden Falle gewillt war, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft zu berücksichtigen. Es ist das eine Entscheidung, die ähnlich der kürzlich getroffenen über die Anerkennung der gelben Verbände mit dem Geiste des sozialen Arbeitsrechts durchaus unverträglich ist.

Fürsorgelasten sind Rationalisierungsspesen der Wirtschaft.

Die gegenwärtigen politischen Kämpfe drehen sich hauptsächlich um die Steuererhöhungen. Der Fehlbetrag, der nach Senkung einiger Ausgabenposten besteht, beträgt 379 Millionen Mark. Es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Parteien immer wieder fordern, die fehlenden Mittel durch Ausgabenersparung einzubringen. Vom Haushaltsstand und von den Unternehmern wird gefordert, daß die Ausgaben für soziale Lasten empfindlich gesenkt werden sollen. Mit erschütternder Deutlichkeit weist die "Frankfurter Zeitung" in ihrer Nummer 151 auf diese Demagogie mit folgenden Worten hin:

Wenn die Unternehmerverbände, die sich immer als "die Wirtschaft" gebärden, ohne dazu von irgend jemand bevollmächtigt zu sein, die Dinge gerne so darstellen, als ob jede Ausgabe der öffentlichen Körperschaften ein harter Verlust für die Volkswirtschaft sei, so darf man sie daran erinnern, daß — ganz abgesehen von dem zu nicht geringen Teil als Rationalisierungsspesen der Wirtschaft anzupprechende, aber von der öffentlichen Hand mit zu tragenden Fürsorgelasten — alle diese Summen zuletzt entweder in Kaufkraft der Staatsangestellten oder in Staats- oder Gemeindeaufträge für die Industrie usw. umgelegt werden.

Es ist in der Tat so, daß die Unternehmerverbände von niemand bevollmächtigt sind, sich als "die Wirtschaft" zu bezeichnen. Zur Wirtschaft gehören auch die 20 Millionen Erwerbstätige, die mit ihrer Arbeitskraft ein Wirtschaften erst ermöglichen. Daß die Fürsorgelasten, die das Reich, die Länder und die Gemeinden zu tragen haben, Rationalisierungsspesen für die Privatwirtschaft sind, wird immer wieder übersehen. Und doch ist es notwendig, hierauf mit aller Deutlichkeit hinzuweisen.

Fließarbeit und Arbeitsintensität.

Die Rationalisierung der Betriebe hat die Methode der Fließarbeit in wachsendem Maße auch in unser Wirtschaftsleben Eingang finden lassen. Bestand bisher die Betriebsorganisation in Betrieben mit Massenfertigung darin, daß die einzelnen Arbeitsvorgänge auf einzelne Werkstätten, in denen jeweilig nur eine Teilarbeit verrichtet wurde, aufgeteilt wurden, so gibt es bei der Fließarbeit nur eine Werkstätte, in der alle Teilarbeiten nacheinander nacheinander ausgeführt werden. Es stehen nebeneinander nicht gleichartige Werkstätten, sondern verschiedenartige, die so aufgestellt sind, wie die einzelnen Teilarbeiten des gesamten Arbeitsganges zeitlich nacheinander folgen. Die dadurch erreichten Vorteile

waren einmal eine spürbare Ersparnis an Transportwegen, indem die langen Wege, die bisher die Arbeitsstücke von den einzelnen Werkstätten zurücklegen mußten, in eine einzige kurze Transportstrecke zusammengefaßt werden konnten. Zum anderen aber bedeutete die Methode der Fließarbeit eine außerordentliche Beschleunigung des Kapitalumschlags, da die Fließarbeit die Produktionszeit sehr verkürzte. Wie Professor Ermansky in seinem soeben erschienenen Buch: "Theorie und Praxis der Rationalisierung" angibt, beträgt beispielsweise in Deutschland die durchschnittliche Produktionsdauer eines Automobils 180 Tage, bei Ford, der bekanntlich die Fließarbeit in seinen Werken völlig durchführte, nur zwei Tage. Um 10 000 Automobile zu erzeugen, würden also bei Ford unter Zugrundelegung eines Selbstkostenpreises von 800 Mark für das einzelne Automobil $10\,000 \times 800 \times 2 = 16$ Millionen Mark Kapital ständig an die Produktion gebunden sein, in Deutschland dagegen selbst bei Annahme desselben geringen Selbstkostenpreises, aber bei einer Produktionsdauer von 180 Tagen, $10\,000 \times 800 \times 180 = 1\,440$ Millionen Mark Kapital erforderlich sein! Die Kapitalersparnis ist in

Lohn und Profit.

Unsere Kaufleute und Fabrikanten klagen viel über die schlimmen Wirkungen der hohen Löhne auf die Erhöhung der Preise und die daraus folgende Verminderung des Absatzes im In- und Auslande. Sie sagen nichts von schlimmen Wirkungen hohen Kapitalgewinns. Von den verderblichen Folgen der eigenen Vorteile schweigen sie und klagen nur über die Vorteile anderer Leute. . . .

Adam Smith in seinem Werk "Volkswohlfahrt" 1776.

Wirklichkeit sogar noch größer, wenn man bedenkt, daß die Fließarbeit die Lagerkosten herabsetzt, indem jetzt an die Stelle großer Lager kleine treten können, die meist nur Vorräte für zehn Arbeitstage zu enthalten brauchen. Wo die Fließarbeit mit dem System des laufenden Bandes (Conveyor) verbunden ist — Fließarbeit und laufendes Band sind nicht dasselbe, Fließarbeit ist möglich ohne laufendes Band und ebenso laufendes Band ohne Fließarbeit —, besteht die Möglichkeit einer übermäßigen Steigerung der Arbeitsintensität, die von dem allein auf Erwerb und möglichst hohen Profit eingestellten kapitalistischen Betrieb natürlich voll wahrgenommen wird. Gegen diese Gefahr einer übermäßigen Intensivierung der Arbeit, die Raubbau an der Arbeitskraft, frühzeitiges Altern des Arbeiters, Schädigung seiner Gesundheit bedeutet, muß um so mehr angekämpft werden, als der Kapitalismus als solcher sich um frühzeitigen Verfall der Arbeitskräfte nicht kümmert. Ihm ist es nur um maximale Auspressung der Arbeitenden zu tun, nicht um die beste Ausnutzung, die etwas gänzlich anderes bedeutet und vor allem die Zeiddauer der Arbeitsfähigkeit berücksichtigen muß. Der Verantwortungslosigkeit, die auch hier der Kapitalismus zeigt, ist durch sozialpolitische Schutzmaßnahmen und vor allem durch häufiges Einschleichen von Erholungsphasen, wobei sich ergeben hat, daß mindestens das Verhältnis von Arbeit und Erholung sich wie 11:1 verhalten sollte, d. h. auf jede Arbeitsstunde fünf Minuten Erholung oder auf alle zwei Stunden Arbeit eine Erholungsphase von zehn Minuten. Ob diese Pausen genügen, um den Raubbau an der Arbeitskraft im Fließarbeitssystem zu verhindern, muß durch genaue Untersuchungen, die für die einzelnen Industriezweige gesondert vorzunehmen sind, noch näher erhärtet werden.

Kommunisten gegen Lohnerhöhungen.

(RED.) Die Forderungen der trotzkistischen Opposition in der jüngsten Tarifvertragskampagne in der Sowjetunion werden von den kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen mit aller Schärfe bekämpft. "Trud" vom 28. Februar berichtet über das Auftreten dreier Trotzkisten in der Fabrik "Die Rose Beresina" (in Nowo-Borisow in Weißrußland). Die Trotzkisten führten dabei aus, daß die Gewerkschaften die

Interessen der Arbeiter nicht verteidigen", und forderten eine Erhöhung des Arbeitslohnes für alle Arbeiter des Betriebes. Das ist ihnen allerdings teuer zu stehen gekommen: Die Versammlung der Belegschaft hat das Auftreten der drei als ein konterrevolutionäres Auftreten bezeichnet. Eine weitere Versammlung, die einige Tage später stattfand, beschloß, den Ausschluß der Trotzkisten aus dem Verband und ihre Entlassung aus dem Betriebe zu fordern. Auf welche Weise in der Sowjetunion solche Beschlüsse von der Belegschaft eines Betriebes gefaßt werden, ist nur zu gut bekannt. Die Resolution der Belegschaftsversammlung ist nichts anderes als ein der terrorisierten Belegschaft aufgezwungener Beschluß der kommunistischen Zelle. Es wird im übrigen von dem Gewerkschaftsblatt nicht mitgeteilt, ob der Beschluß durchgeführt worden ist. Aber schon die Absicht allein, wegen der Forderung der Lohnerhöhung die "Oppositionellen" aufs Pflaster zu legen und für "außerhalb des Gesetzes" stehend zu erklären, ist bezeichnend genug.

Am gleichen Tage berichtete die "Pravda", daß die Trotzkisten in der Tarifvertragskampagne die Forderung des gleitenden Lohnes, der nach dem Lebenshaltungsindeks zu berechnen sei, aufgestellt haben. Diese Forderung des Indexlohnes soll nach der "Pravda" das verfechtete konterrevolutionäre Ziel verfolgen, die Stabilität der Währung zu erschüttern, und das Volk scheint wirklich zu glauben, daß die Bindung an den Lebenshaltungsindeks, d. h. die Sicherung der Stabilität des Reallohnes, eine Gefahr für die Stabilität der Währung bedeute. In den leitenden kommunistischen Kreisen ist man demnach anscheinend entschlossen, zur Rettung der offensichtlich erschütterten Währung vor der Senkung des Reallohnes nicht zurückzuschrecken. Die Inflationspanik scheint sich der Redaktion des Kommunistenblattes bereits bemächtigt zu haben.

Frauenfragen.

Die verheiratete Frau im Erwerbsleben.

Welche Gründe zwingen die verheiratete Frau zur Erwerbsarbeit?

Mit diesem Thema hat sich in letzter Zeit vielfach die Gewerkschaftspressen beschäftigt. Auch in Versammlungen bildet die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau oftmals Diskussionsstoff. Es wird aber nicht immer mit der nötigen Sachlichkeit an die Behandlung der mit diesem Problem verbundenen Fragen herangegangen. Kürzlich hat das Reichsarbeitsministerium ein Sonderblatt zum Reichsarbeitsblatt herausgegeben über Arbeitslosigkeitsfragen nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten und Verwaltungsstellen vom Jahre 1927, worin u. a. eine bemerkenswerte Darstellung der Resultate umfangreicher Erhebungen über die Beschäftigung verheirateter Arbeitnehmerinnen in Gewerbe und Handel gegeben wird. Schon 1899 war schon eine Erhebung, die darauf zurückzuführen war, daß weite Kreise von Wunsch äußerten, die verheirateten Frauen aus der Fabrik auszuschließen. Alle möglichen Vereinigungen wurden damals zur Mitwirkung bei diesen sorgfältig vorbereiteten Erhebungen herangezogen. Als Ergebnis wurde dann festgestellt, daß ein gesetzlicher Ausschluß der verheirateten Frauen nicht in Frage kommen könne, da 80 Prozent der mitarbeitenden Frauen auf Erwerbsarbeit angewiesen seien, und die übrigen 20 Prozent ebenfalls wichtige Gründe zu ihrer Erwerbsarbeit anführten. Sogar kam, daß die Industrie die Arbeit dieser Frauen angeblich auch gar nicht entbehren konnte.

Wie ist es nun heute um die Frage der "Doppelverdiener" bestellt? Der Ruf nach Ausschaltung der Frauen aus dem Erwerbsleben ist noch immer nicht verstummt. Besonders in Krisenzeiten wird die Frauarbeit heftig bekämpft. Vielfach nimmt der Kampf gegen die Arbeit verheirateter Frauen selbst in Kollegenkreisen unliebsame Formen an. Und nicht allein die Männer, sondern auch unverheiratete Frauen fordern die Beseitigung der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen durch gesetzliche Verbot. Die Erhebungen von 1927 zeigen uns aber erneut die Undurchführbarkeit und Unzweckmäßigkeit gesetzlicher Maßnahmen auf diesem Gebiet. Ein sächsischer Bericht sagt über die Gründe für die gewerbliche Tätigkeit der Frau:

"Die Gründe sind im allgemeinen noch dieselben wie damals; es ist aber anzunehmen, daß jetzt mehr Frauen aus wirtschaftlicher Not in die Fabriken gehen."

Das Schulzeugnis.

Eine lustige Geschichte von F. Schöngammer.

Das sage ich dir, Rosine, wenn der Junge heute wieder ein schlechtes Zeugnis heimbringt, dann gnade ihn Gott!
 "Nege dich doch nicht auf, Robert. Erstens wird er diesmal sicher besser abgeschnitten haben, er war ja so fleißig. Und zweitens . . ."
 "Was sagst du, ist gelacht . . . Ein Mann, ein Wort . . . Nur eine schlechte Note, die ich heute in meinem Zeugnis sehe, denn ich habe es ja selbst . . . Dann kann sich der hoffnungsvolle Sprössling aus diesen von der akademischen Laufbahn . . . Ich bin in der Lage und gebe ihm zu einem Schöpfer oder Schöpfer in die Lehre, wenn er nicht vorzieht, Kammerkammer oder Kammerkammer zu werden."
 "Und, Robert, welche Ausdrucksweise!"
 "Der Bengel soll einmal sehen, wie der Hase läuft, wenn . . . Bedenke diese heilige Jugend!" . . . Nichts wie Fußball spielen, Fußball spielen, Fußball spielen und Jigaretten rauchen am verführerischen Ort. Da war es zu meiner Zeit ganz anders. Wir haben geschuft und geschuft, und wenn das Jahr zu war, dann konnten wir Jigaretten rauchen, Jigaretten rauchen, Jigaretten rauchen oder wir wäre sonst irgendeiner Jäger geworden, he?"
 "Wann, sieh mal, was ich da auf dem Speicher gefunden habe in einem alten Koffer aus Papas Studienzeit."
 "Was soll denn das verstaubte Bündel Papiere? Frage es wieder an seinem Ort, Roschen."
 "Nicht doch, Roschen, es sind wichtige Dokumente, die aus gerade heute gute Dienste leisten werden, wenn Fritz mit dem Zeugnis heimkommt. Es sind nämlich Papas Studienzeugnisse."
 "Ach, wie der Joffel oft ist! Ich sage es ja immer, wo die Not am größten ist, da ist die Jigarette am besten."
 "Hörst du, Roschen? Ein schlechter als das andere, im Vergleich mit dem Joffel. Und Kammerkammer sind verdammt wegen verbotener Jigarettenrauche und wegen Pfeifenrauchen . . ."

"Um Gottes willen, das ist ja glänzend!"
 "Ja, Roschen, ich kann gar nicht verstehen, wie Papa mit solchen Zeugnissen ein so gewiegter Rechtsanwalt und gar Justizrat werden konnte."
 "Nicht so laut, Roschen, damit uns Papa nicht hört. Ich habe nämlich einen Plan. Wenn Fritz jetzt heimkommt, gebe ich ihm das betreffende Jahreszeugnis Papas, damit er es ihm vorzeige, als wäre es sein eigenes. Oder noch besser: Gehe du zu Fritz entgegen und händige ihm das Zeugnis aus, damit die Sache nicht anfällt. Das weitere besorge ich dann schon. Ach Gott, wird Papa Augen machen!"
 "Daß der Bengel heute gar nicht heimkommt! Es ist schon 11 Uhr, und ich möchte zum Frühstück. Zu meiner Zeit sind wir schon Punkt 10 Uhr zu Hause gewesen und haben freudigstrahlend unsere Zeugnisse vorgezeigt. Zeugnisse, sage ich dir, Roschen, wo sich die Einsen und Bruchweiser nur so drängten. Hast du vielleicht einen Zweifel?"
 "Nicht im geringsten . . ."
 "Das möchte ich dir auch geraten haben. Im übrigen verbleibe ich dir für alle Jahrestage jeden höchsten Joffel in deinen Mienen. Bombenelement! Ich will doch sehen, wer hier Herr im Hause ist!"
 "Sei doch bitte nicht so heftig, Papa! Ich habe doch gar nichts gesagt. Horch, die Klingel! Das wird Fritz sein!"
 "Höchste Zeit! 11.17 Uhr."
 "Ich hole das Zeugnis, Robert."
 "Ja, aber sperr mir den Jungen gleich in das Badezimmer, damit er mir nicht ansieht, wenn ich ihm herauf mit der Handleine des Joffel besorge. Ich kann mir ja schon denken, wie das Zeugnis wieder ausgefallen ist, weil er es nicht selbst abliefern kann."
 "Hörst du, Roschen, wenn du mir die Frühstückspapierchen verbleibst . . . Ah, da bist du ja schon, Roschen. Hast du den Bengel eingesperrt?"
 "Ja, hier ist das Zeugnis, Papa. Es ist leider nicht besonders gut."

"Habe ich es nicht gleich gesagt? Gib her! Was sehe ich? Fleiß: mangelhaft. Fortgang: schlecht. Und da wimmelt es von Dreieren und Vierern, lauter "Mittelmäßig" und "Angenehm". Was? Eine Rektorsstrafe wegen Kneipen auch noch? Und aufsteigen darf der Bengel auch nicht? Nun ist sein Schicksal besiegelt. Wie habe ich gesagt? Schloffer oder Schuster, Kammerkammer oder Kammerkammer . . . Das ist dein Sprössling, Rosine; Fritz, das Mutterhöhnchen. Das hat er natürlich von dir!"
 "Gewiß hat er das von mir: das Zeugnis nämlich . . ."
 "Ich verbitte mir jeden Hohn von dir . . ."
 "Mit diesem Zeugnis, Papa, bist du Justizrat geworden."
 "Was soll das heißen?"
 "Wenn es auf das Studienzeugnis ankommt, dann wird Fritz mit dem seinen Regierungspräsident, Hochschuldirektor oder Staatsminister."
 "Ich verstehe dich nicht, Rosine . . . Du sprichst in Rätseln . . ."
 "Ja, ich bin stolz auf meinen Fritz, das Mutterhöhnchen, sein Zeugnis ist um mehrere Grade besser als das deine, Papa. Er hat überall gute und genügende Noten. Sein Fleiß ist groß, sein Betragen lobenswert. Er hat auch keine Rektorsstrafen und darf aufsteigen. Ries doch selbst . . ."
 "Ja, das stimmt. Aber wie kommt der Bengel zu zwei Zeugnissen? Da muß doch eins gefälscht sein!"
 "Beide Zeugnisse sind echt. Nur ist das bessere das von Fritz und das ganz miserable dein eigenes aus dem gleichen Studienjahr. Ich habe es vom Speicher geholt, um dir den Unterschied zu zeigen."
 "Hörst du, Roschen! Da soll doch gleich ein heiliges Donnerwetter . . . Wo ist mein Hut? Mein Stock? Mein Überzieher? Das sage ich dir, Rosine, wenn nur ein Wort von diesen Zeugnissen unter die Leute kommt! . . . Und überhaupt, ich verbitte mir jede Miene des Hohnes in deinen Jügen! . . . Ich will doch sehen, wer hier der Herr im Hause ist . . . Ich befehle dir: Hal mir den Jungen! Er soll mit zum Frühstück kommen! . . . Aber mit seinem Zeugnis! . . ."

In Sachfen ist festgestellt, daß im Durchschnitt 80,6 Prozent der Arbeitnehmerinnen verheiratet sind.

Die Erhebungen haben auch ergeben, daß die Verhältnisse nicht in allen Bezirken die gleichen sind. An einer übersichtlichen Tabelle für Preußen wird aufgezeigt, wieviel von 100 Beschäftigten verheiratet sind.

Ein Bericht aus Braunschweig über die Konfervenindustrie meldet:

Es werden in 43 Konfervenfabriken 381 Arbeiterinnen ständig, dagegen 4680 in der Saison beschäftigt.

In der Konfervenindustrie haben wir einen Arbeitszweig vor uns; der vorzugsweise Frauen beschäftigt, und nicht immer nur bei sogenannter 'Frauenarbeit'.

Verschiedentlich berichteten die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht nur über Frauenprobleme, sondern beleuchteten zugleich das ganze Wirtschaftsleben.

Die Bekämpfung verheirateter, verwitweter, geschiedener und eheverlassener Arbeitnehmerinnen (Arbeiterinnen und Angestellten) in Gewerbe und Handel entspringt überwiegend dem aus ihrer wirtschaftlichen Lage entstehenden Zwang.

Diese im Wortlaut wiedergegebene Schilderung der Berliner Verhältnisse ist sicher auch für andere Gebiete, besonders aber für die übrigen großen Städte zutreffend.

Frauenkonferenz des Ganzes 1.

Am Sonntag, dem 10. März, tagte im Volkshaus in Hannover die zweite Frauenkonferenz für den Gau 1.

Tagesordnung: 1. Die Sozialpolitik und Arbeiterinnenfrage.

Am Sonntag, dem 10. März, tagte im Volkshaus in Hannover die zweite Frauenkonferenz für den Gau 1. Unwesend waren 64 delegierte Kolleginnen; der Hauptvorstand war vertreten durch die Kolleginnen Lhiemig, Karl, und Schmidt.

wicklung der Frauennarbeit und ihre Stellung zur Gesellschaft. An Hand einer Statistik bewies sie das feste Wachen der Zahl der berufstätigen Frauen.

Ergebnis der Mandatsprüfungskommission: 64 Delegierte; Koll. Lhiemig, Karl, Schmidt vom Hauptvorstand.

In der Diskussion gab der Kollege Lhiemig (Hannover) seinen Freude Ausdruck, daß es mit der Arbeiterinnenbewegung vorwärts

Herunter mit den Preisen.

Angenommen, eine Industrie ist infolge ihrer Leistungsfähigkeit und erprobten Dienstleistung in der Lage, die Kosten für den Abnehmer herabzusetzen.

Henry Ford: 'Das große Heute, das größere Morgen', Seite 20.

ginge. Der Verband war immer bemüht, die Kolleginnen zur Mitarbeit heranzuziehen. Die geringe Anteilnahme am Gewerkschaftsleben liegt zum großen Teil an der Doppelbelastung der Frau durch Haushalt und Berufsarbeit.

Als Ort der nächsten Frauenkonferenz wurde Braunschweig bestimmt.

Um 3 Uhr wurde die eindrucksvolle Konferenz vom Kollegen Scheinhardt geschlossen.

Wirtschaftliches.

Zementverband und Kartellgericht.

Die Autorität des Staates und seiner Befehle vor Mißachtung und Verletzung durch mächtige Wirtschaftsgebilde zu schützen, ist eine Aufgabe von leider sehr aktuell gewordener Bedeutung.

Die Industrieproduktion des Jahres 1928 im Vergleich zur Vorkriegsproduktion.

Die Aufstellung eines zuverlässigen Produktionsindex, der die Entwicklung der Industrieproduktion eines Landes in einer Zahl zusammengefaßt, stößt auf Schwierigkeiten; sie wurde dennoch für die wichtigsten Industrieländer von verschiedenen Wirtschaftsinstituten versucht.

Zunahme der Bevölkerung seit dem Kriege berücksichtigen, da diese den Umfang der Industrieproduktion wesentlich beeinflusst. Im 'Deutschen Volkswort' wurden nun diese Indizes von Hugh Dugley für das Jahr 1928 ergänzt.

Abschluß der Arbeiterbank.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten hat auch im Jahre 1928 ihre glänzende Entwicklung fortgesetzt. Der Erfolg stellt sich in einem von 903 000 Mark im Jahre 1927 auf 1.080 Millionen Mark gesteigerten Reingewinn für das Jahr 1928 dar.

Table with 3 columns: Year (1926, 1927, 1928), and rows for Gewinnvortrag, Generalertrag, Handlungsunkosten, Reingewinn.

Vom Generalertrag entfallen im Jahre 1928 = 1,711 Millionen Mark auf Gewinn aus Zinsen, Dividenden und Sorten und 781 000 Mark auf sonstige Provisionsgewinne; 324 000 Mark sind sonstige Erträge.

Die gute finanzielle Entwicklung wird auch durch andere Ergebnisse unterstrichen. So fand die Arbeiterbank im verfloffenen Geschäftsjahr Aufnahme in die Anlagekonkordien des Reichs und des preussischen Staates.

Die Bilanz für 1928 hat sich gegenüber den beiden Vorjahren wesentlich verändert. Die Bilanzsumme, eine Seite des Hauptbuches, stieg von 41,21 Millionen Mark im Jahre 1926 und 84,08 Millionen Mark im Jahre 1927 auf 181,51 Millionen Mark im Jahre 1928.

Die Arbeiterbank hat sich auch im verfloffenen Jahre bemüht, den Wohnungsbau durch Zwischenkredite zu fördern. Mit Genehmigung kann festgestellt werden, daß die Erstellung von rund 8650 Wohnungen der Hilfe der Arbeiterbank zu danken ist.

Die Arbeiterbank hat sich auch im verfloffenen Jahre bemüht, den Wohnungsbau durch Zwischenkredite zu fördern. Mit Genehmigung kann festgestellt werden, daß die Erstellung von rund 8650 Wohnungen der Hilfe der Arbeiterbank zu danken ist.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Jahreshauptversammlung 1929 der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranfaßte ihre diesjährige (VI.) Jahreshauptversammlung in der Zeit vom 16. bis 18. September in Heidelberg.

Im Anschluß an diese Tagung findet die Ärztliche Jahrestagung der Gesellschaft mit dem Hauptverhandlungsthema 'Die Behandlung der gewerblichen Berufskrankheiten' statt.

Die Jahreshauptversammlung ist mit der Veranstaltung eines gewerbehygienischen Vortragskurses, auf dem allgemeine Fragen des gesundheitlichen Arbeiterschutzes besprochen werden, verbunden.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

Der Staub und seine Bekämpfung.

Staub ist die Erscheinungsform von festen Körpern in deren kleinsten Teilchen, soweit diese überhaupt noch einer Zerkleinerung fähig sind. Staub kann entstehen im Freien durch Einwirkung von Wind und durch Bewegung von Menschen, Tieren und Fahrzeugen; in den Wohnungen durch mangelhafte oder unsachgemäße Reinigung; an den Arbeitsstätten durch Bearbeitung und Zerkleinerung von Rohstoffen, wie Glas, Stein, Metall, Holz, Porzellan, Kohle, Kalk, Haaren, Wolle usw.

lichen Verrichtungen zu stören, wodurch mit der Zeit Krankheiten hervorgerufen werden, die gewissen Gewerben und Berufsgruppen eigentümlich sind. Man spricht so z. B. von einer Bergarbeiterlunge, einer Steinhauser- oder Glasbläserlunge usw.

Staub kann auch giftige Wirkung ausüben, wenn er von Stoffen herührt, denen selbst eine solche Wirkung innewohnt, wie dem Bleistaub und vielen chemischen Produkten. Staub kann auch ansteckende Krankheiten übertragen, von menschlicher oder tierischer Herkunft.

Die Staubinfiltration begünstigt die Ansiedlung von Bazillen im menschlichen Körper.

Die Natur des Staubes ist außerordentlich verschieden, je nachdem er anorganischen Stoffen (Glas, Marmor, Kalkstein, Granit, Blei, Zink, Thomschlacke, Gips usw.) oder organischen Stoffen (Holz, Kohle, Haare, Seide, Leder, Wolle, Borsten, Mehl usw.) entstammt. Eingetragene Staubteilchen anorganischen Ursprungs mit scharfen Kanten und Spitzen üben eine Reizwirkung aus und fordern dadurch den menschlichen Körper zur Abwehr heraus.

Gewisse Einrichtungen des Körpers, die jeden Menschen schützen, sind z. B. die Flimmerhäärchen, die sich in fortwährender Bewegung befinden und befeuchtet sind, alle Fremdkörper wieder nach außen hinzubefördern. Gelingt es den Abwehrorganen des Körpers nicht, sich der Eindringlinge zu entledigen, so können bössartige Erkrankungen entstehen, die schwere Erkrankungen zur Folge haben.

Aus allen diesen Tatsachen geht die Notwendigkeit der Bekämpfung der Staubgefahr in den gewerblichen Betrieben zur Genüge hervor und der Grundgedanke, daß man jedes Übel im Entstehen bekämpfen soll, muß auch hier das erste Gebot sein.

Bei manchen Stoffen genügt deren Anfeuchtung, um Staubentwicklung zu verhindern. Bei anderen wiederum sind mechanische Staubabsaugvorrichtungen angebracht, die es ermöglichen, das abgelaugte Material wiederzugewinnen und zu verwerten, ohne daß der Arbeiter davon belästigt wird, was namentlich in der Holzindustrie vorkommt, desgleichen das Zykloverfahren, das hauptsächlich bei Verzugszweigen der Steine und Erden Verwendung findet.

Wird ein Produkt geschnitten, gequetscht, gefügt, gemahlen oder gebrochen, wobei viel Staubentwicklung vor sich geht, so empfiehlt es sich, sofern die technische Möglichkeit vorhanden ist, die Arbeit in geschlossenen Apparaten vorzunehmen. Respiratoren sind gut und nützlich, jedoch für denjenigen, der sie tragen und noch dazu schwer arbeiten muß, sehr lästig.

Kohlen-, Gips- und Kalkstaub scheinen in den menschlichen Lungen nicht die gleiche Verheerung anzurichten wie anorganischer Staub.

Noch besteht im Interesse der Volksgesundheit alle Ursache, der Staubgefahr überall, wo solche auftritt, mit allen Mitteln der Technik zu Leibe zu gehen. Die Kosten spielen keine so ausschlaggebende Rolle, daß die Vernachlässigung der Staubbekämpfung damit gerechtfertigt werden könnte. Vorbeugung ist eine der ersten und dringendsten Aufgaben der Gewerbehygiene.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Wie sich die „Rote Fahne“ ohrfeigt.

Die KPD ist die Partei der Unorganisierten, der Unsolidarischen, aller rückständigen Elemente der Arbeiterbewegung. Bei der Ansperrung der Arbeiterkraft durch die nordwestdeutschen Metallindustriellen, und jetzt bei den Betriebsratwahlen, hat die KPD, selbstverständlich unter Assistenz der „Roten Fahne“ die Unorganisierten gegen die Gewerkschaften in den Kampf geführt. Die KPD organisiert systematisch den Bruderkampf. Die „Rote Fahne“ hat sich in der letzten Zeit besondere Mühe gegeben, nachzuweisen, daß die Unorganisierten besser sind als die Organisierten. Der berühmte Thalmann hat auf dem Reichsgewerkschaftskongress (26. und 27. Januar 1929 in Berlin) diese neueste Spaltweisheit als geistige Mißgeburt von sich gegeben. Jetzt auf einmal geht es wieder anders heran. Die „Rote Fahne“ Nr. 56 vom 7. März 1929 läßt sich von einem ihrer eigenen „Arbeiterkorrespondenten“ etwas Vernünftiges schreiben, und bringt es zum Ausdruck. Diese vernünftigen Sätze, die im Gegensatz zur Weisheit der KPD-Zentrale stehen, lauten:

Selbstkritik und Kampfraz.

Nun, Kollegen, ein Wort der Selbstkritik. Ich möchte da ein Zitat Lenins heranzugreifen, der da sagte: „Ein nicht organisiertes Proletariat ist ein Nichts gegenüber dem stark organisierten Antiproletariat.“ (Karl Kautsky, „Organisiert“ bedeutet das Proletariat aber eine Macht. Und wenn man die Augen vor den uns anhaftenden Mängeln nicht verschließen will, so muß man leider noch heute zugeben, daß das Organisationsverhältnis, sei es gewerkschaftlich oder politisch, sehr schlecht unter unserer Belegschaft ist. Es muß unbedingt jeder Kollege sich organisieren. Das heißt aber nicht nur Mitglied einer Organisation sein, sondern auch zugleich aktiver Kämpfer. Nicht große Reden bessern unsere soziale Lage den Ausbeutern gegenüber, sondern die Tat.

Wenn die „Rote Fahne“ noch einige solch vernünftigen Ansichten herausbringt, dann wird der verantwortliche Redakteur bald auf der Straße liegen. Solche vernünftige Auffassung sind ein Beweis logischen Denkens, und das kann sich weder Moskau noch die deutsche Filiale, genannt „Zentrale“, gefallen lassen.

Christliches Gewerkschaftskartell und Kunst.

Die Ortsgruppe Oberbruch unseres Verbandes ließ im Monat Febr. d. J. für die Arbeiterschaft der dortiger Kaufmannschaft das Filmmittel „Die Weber“ kaufen. Diese Aufführung und manches andere paßte den Christlichen sehr, und so gaben sie ihren Grimm auf Papier gedruckt öffentlich bekannt. In diesem Flugblatt offenbarte sich der verächtliche Kaufmann dieser Leute und die ganze Unabundanzkeit, die ihnen von je her anhaftet. Man genieße also jetzt in vollen Zügen die christliche Nächstenliebe der Christlichen, die sich wie folgt kundtut:

Der Film „Die Weber“ ist uns bekannt. Er stellt ein Hehwerk allerübelster Sorte dar. Er hat den Zweck, auch in die Reihen der Sozialdemokratie zu treiben. Aber Hehwerk hat der Arbeiterschaft noch nie gescholten. Nur ruhige sachliche Arbeit kann helfen. Und die wird in den christlichen Gewerkschaften geleistet. (Siehe das christliche Flugblatt „D. W.“) Beweis ist die Arbeit unseres Arbeiterrats. Hier ist praktische Arbeit geleistet worden. In den Glanzstückenwerken in Köln-Merheim sind Hunderte von Arbeitern entlassen worden. Der dortige kommunistisch-sozialistische Arbeiterrat hat nicht den geringsten Versuch gemacht, mit der Direktion zu verhandeln. Schreiben können diese Leute und hegen, das ist aber auch alles, was sie leisten.

Besucht die Filmvorstellungen nicht, und laßt vor allem eure Jugend nicht verhehen!

Stärkt die christlichen Gewerkschaften!

Dann leistet ihr praktische Arbeit in eurem eigenen Interesse.

Kartell der christlichen Gewerkschaften.

So etwas muß Verhart Hauptmann erleben. Eins seiner besten Werke, das mit erschütternder Kraft das Elend der schlesischen Weber auf die Bühne stellt, so daß sich die Dichtung zu einer ergreifenden Anklage des Kapitalismus gestaltet, wird von christlichen Arbeiterführern beurteilt, ganz in der Art eines Kunstbanausen. Eine solche Jämmerlichkeit hätte man nicht erwartet. Die Arbeiterschaft ist Verhart Hauptmann zu Dank verpflichtet, selbstverständlich auch die christliche Arbeiterschaft. Er geißelt in seinen „Webern“ das kapitalistische System, weiß dessen furchtbare unsoziale Auswirkungen auf. Ist nicht Jesus einft mit den Wucherern im Tempel ähnlich verfahren? Hauptmann fragte nicht nach freien oder christlich organisierten Menschen, sondern er sah in den gequälten, halbverhungerten Webern nur die Menschen, und Menschenliebe hat ihm bei Schaffung seiner „Weber“ die Feder geführt. Das christliche Gewerkschaftskartell braucht das natürlich nicht zu begreifen. Es hat sich im Hinblick auf Kunstverständnis selbst sein Urteil gefällig. Die christlich gestimmte Arbeiterschaft wird anders denken, sie wird in Hauptmanns „Die Weber“ ihr eigenes Schicksal schauen. Arme, christlich organisierte Arbeiter ihr seid zu bedauern. In eurem ganzen Kartell sitzt kein Mann, der den Wert Hauptmannscher Dichtung für die Arbeiterschaft begriffen hat.

Kundschau.

Vom indischen Teepilz

hört und liest man jetzt häufig, und es wird da und dort volltönende Reklame für ihn gemacht. Mit Hilfe des Teepilzes gewonnene zuckerhaltige Getränke werden vielfach als Hausmittel gegen allerhand Krankheiten und als Durstlöschungsmittel hergestellt und genossen. Aber das Ergebnis einer Prüfung des Teepilzes, die ein städtisches Untersuchungsamt (Hamm i. W.) angestellt hat, berichtete Dr. H. Löwenheim in Nr. 11 1927 der Apotheker-Zeitung, der das folgende zu entnehmen ist: „Der Pilz, der infolge seiner Ähnlichkeit mit einer Qualle auch den Namen „Wolganqualle“ führt, besteht aus einer Lebensgemeinschaft von Hefezellen und einer Art schleimbildender Essigbakterien. Er lebt an der Oberfläche seiner Nährflüssigkeit (zuckerhaltiger Teeaufguss, Kaffee oder Malzextrakt) und füllt durch sein Wachstum alsbald die ganze Oberfläche mit einer gallertartigen, zähen Masse aus. Er bildet in der Flüssigkeit Kohlensäure, Essigsäure, Milchsäure und Alkohol. Nach ungefähr sechs bis neun Tagen hat das Getränk gewöhnlich den größten Wohlgeschmack erreicht. Es enthält dann, neben etwa 0,4 v. H. Gesamtsäure, 0,9 bis 1,4 v. H. Alkohol. In den folgenden Tagen steigt der Alkoholgehalt bis zu 2 v. H., der Säuregehalt bis zu 0,6 v. H. Das Getränk wird dann ungeschmackhaft und wegen seiner Säure direkt gesundheitschädlich. Setzt man es in verzinkten, kupfernen oder Aluminiumgefäßen an, so kann es durch die metallischen Salze sogar giftig werden.“

Arbeiterferienreisen für die mitteldeutsche Arbeiterschaft.

Der Ortsausflug Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die Zentrale für die Organisation von Arbeiterferienreisen für die mitteldeutsche Arbeiterschaft. Alle Ortsausflüge stellen sich in den Dienst dieser gut funktionierenden Einrichtung.

Das Reiseprogramm für 1929:

- Zwei 10-Täglich-Fahrten vom 14. Mai bis 3. Juni und vom 11. Juni bis 1. Juli.
- Pfingstfahrt in den Franken- und Böhmerwald vom 19. bis 21. Mai bzw. bis 26. Mai.
- In die österreichischen und bayerischen Alpen vom 21. bis 29. Juni.
- In Kraftwagen nach dem Harz vom 1. bis 4. Juli.
- Nach Thüringen vom 7. bis 10. Juli.
- In Kraftwagen nach dem Schwarzwald vom 14. bis 21. Juli.
- Nach Main-Neckar-Rhein vom 20. bis 28. Juli.
- An die Nordsee vom 3. bis 11. August.
- In die Schweiz vom 17. bis 27. August.
- Rhein-Rosel-Exkurs vom 31. August bis 8. September.

Ferienaufenthalte:

Im Eigenheim Neumühle, an der Ostsee, an der Nordsee, in der sächsischen Schweiz und im Riesengebirge.

Alle näheren Angaben enthält der Prospekt. Er ist für 35 Pf. zu beziehen durch die Arbeiterferienreisekasse für die mitteldeutsche Arbeiterschaft.

Anspruch: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausflug Leipzig, Kultur-Abteilung, Leipzig C 1, Volkshaus, Zeiger Straße 32.

Das Betriebsvermögen der deutschen Industrie.

Aber die Kapitalgrundlage der deutschen Industrie macht die Bank für deutsche Industrieobligationen in ihrem letzten Geschäftsbericht anschlagreiche Mitteilungen. Bekanntlich ist die deutsche Industrie mit einem Gesamtkapitalbetrag von 5 Milliarden Mark und einer Jahresleistung in Höhe von 300 Millionen Mark für Reparationsleistung belastet, die auf die einzelnen Betriebe umzulegen sind. Infolge erheblicher Wandlungen im Bestand der Betriebsvermögen der einzelnen Unternehmungen wußte die 1924 nach dem Einheitswert vorgenommene Umlegung neu bemessen werden, was auf Grund der Veranlagung zur Vermögenssteuer des Jahres 1927 erfolgte. Diese Neuveranlagung gibt ein Bild von der Größenverteilung der Industrie. Man sieht, daß mehr als die Hälfte des gesamten herangezogenen industriellen Betriebsvermögens von 27 Milliarden Mark auf Betriebe mit mehr als 5 Millionen Mark entfällt, während ein Viertel auf die Betriebe mit einem Kapital von 1 bis 5 Millionen Mark und das letzte Viertel auf Betriebe mit einem Vermögen unter 1 Million Mark sich verteilen. Die letzten Verhältnisse gegenüber 1924 werden ersichtlich, wenn man beachtet, daß beispielsweise die Zahl der Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen von mehr als 15 Millionen Mark 1924 noch 230, 1927 infolge der Konzentrationsvorgänge, Bildung von Holdingsgesellschaften usw. nur 139 ausmacht. Insgesamt beträgt die Zahl der zur Reorganisation der Industrielieferung herangezogenen Unter-

nehmungen 44 000 mit einem Kapital von 27 Milliarden Mark, von denen mehr als 15 Milliarden Mark auf die Aktiengesellschaften entfallen.

Die Sparsummen steigen, doch nicht die Zahl der Sparer.

Bei der Sparkasse der Stadt Berlin, der größten deutschen Sparkasse, entfielen 1928 auf das einzelne Sparkonto 490 Mk., gegenüber 508 Mk. 1913. Läßt man die Entwertung des Geldes in der Nachkriegszeit außer acht, so wäre die auf die Person entfallene durchschnittliche Sparsumme fast erreicht. Der Einlagebestand steht aber noch tief unter dem Vorkriegsstand. Er erreichte ohne Berücksichtigung der Geldentwertung nur ein Drittel, bei deren Berücksichtigung nur etwa ein Viertel des Vorkriegsstandes. Während nämlich vor dem Krieg bei der Sparkasse der Stadt Berlin über 1,9 Millionen Sparkonten geführt wurden, d. h. etwa jeder zweite Berliner über ein Sparkonto verfügte, waren 1928 625 000 Sparbücher ausgestellt, d. h. es entfiel auf etwa jeden siebenten Berliner ein Sparbuch. Eine wesentliche Änderung ist in den Spargewohnheiten eingetreten, insofern bei höheren Ersparnissen auf das einzelne Sparkonto die Abhebungen in großem Umfang zunehmen; die Einzahlungen haben sich seit 1925 verdreifacht, die Rückzahlungen dagegen vervierfacht. Diese Entwicklung läßt darauf schließen, daß die gegenwärtigen Sparanlagen weniger dem Zweck dienen, einen Rückhalt für das Alter zu bieten, als sie Rücklagen für größere Anschaffungen darstellen oder aber in Zeiten der Arbeitslosigkeit aufgespart werden. Es wäre sehr zu wünschen, daß über die Berufszugehörigkeit der Sparer eine neue Statistik veröffentlicht würde.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstelle Bremen: August Rascher, Buch-Nr. 337 533; Johann Lohmann, Buch-Nr. 811 776; Franz Drazowski, Buch-Nr. 543 807; auf Grund des § 14 Ziffer 3a unseres Statuts.

Literarisches.

Betriebsrätegesetz nebst Wahlordnung, Ausführungsbestimmungen und Nebengesetze. Von Paul Wölblich, Obermagistratsrat, Berlin, Ludwig Schulz, Land- und Amtsgerichtsrat, Vorsitzender der Arbeitsgerichte Neuruppin und Pritzwalk, Dr. Karl Sell, Land- und Amtsgerichtsrat, Vorsitzender des Arbeitsgerichts und Landesarbeitsgerichts Berlin. Zweite erneuerte Auflage. Das Arbeitsrecht Deutschlands, Band VII. 275 Seiten. 1929. Preis geb. 6 Mark., in Leinen gebunden 7,50 Mark. Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin W 10, Wien I.

Ratgeber über die Regelung der Arbeitszeit von Friedrich Klees, Bürgermeister in Werschleben. 44 Seiten. Verlag Friedrich W. Wölblich in Leipzig C 1, Scherlstr. 18. Einzelpreis 60 Pf., bei Partiebestellungen von 10 Stück an billiger. Der bekannte Sozialpolitiker hat eine gemeinverständliche Darstellung der recht unübersichtlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit gegeben, die jedoch als Heft 15 von Wölblich Schlüsselbüchern erschienen ist. Es wird nicht nur die Arbeitszeitverordnung in der Fassung des Arbeitszeitgesetzes erläutert, sondern es werden auch die besonderen Bestimmungen für einzelne Berufsgruppen, Gewerbe sowie für Jugendliche, weibliche Personen und Kinder dargestellt, die in den verschiedenen Verordnungen und Verordnungen verstreut sind.

„Vorbeugen, nicht abtreiben“, eine Aufklärungsschrift für Arbeiterkreise von Luise Otto. 72 Seiten, 103. bis 110. Tausend, 30 Pf. Buchhandlung „Volkstimme“, Magdeburg, Große Münzstraße 3. In der uns jetzt vorliegenden neuen erweiterten Auflage wird sich diese Schrift sicher noch eine ganze Anzahl neuer Freunde erwerben; denn nach wie vor werden hier in gleicher Offenheit und ohne Verhinderung die wichtigsten geschlechtlichen Probleme behandelt und mutig die Dinge beim wahren Namen genannt. Durch die hinzugefügten Zeichnungen von Fritz Pfeffers wird der Text noch mehr veranschaulicht und lebenswahr dem Leser vor Augen geführt. Wir glauben deshalb, daß Luise Ottos Broschüre, die bereits im 110. Tausend hier vorliegt, noch in weite Kreise dringen wird.

„Teri“, ein Roman von Komaromi. Dieser Roman gleicht einem Gedicht aus Zartheit, Wehmüt, stiller Freude und unendlicher Liebe. Sein Schauplatz ist dort, wo sich russische Melancholie, polnische Leichsinn mit ungarischem Temperament und raschem Verzagen treffen. Diese Temperamente stoßen fortwährend aufeinander, vermischen sich und treiben die beiden Hauptpersonen hin und her. Es ist Krieg, und so kommt hinzu jener Zustand des Gemüts, den wir alle kennen: diese seltsame quälende Spannung aus Warten, Sehnsucht, Gleichgültigkeit und Verzweiflung. Komaromi, dieser ungarische Dichter, weiß zu erzählen! Was geht uns Teri, dieses schönste Mädchen der Stadt, an, was ihr Liebhaber, der alles so ernst nimmt und nicht versteht, daß sie noch ein Kind ist, das leben will und froh sein? Aber plötzlich sind uns die beiden verwandt, wir lieben mit ihnen und leiden mit ihnen. Den Roman, den die Bächergrube Gutenberg, Berlin, als vornehm ausgestatteten Drei-Mark-Band herausbringt, hat Alexander Sacher-Masoch aus dem Ungarischen überfetzt. Sacher-Masoch ist selbst ein Dichter und weiß einen so feinen und zärtlichen Poesen wie Komaromis Komaromi zu überlegen. Der ersten deutschen Übersetzung eines Komaromi wurde mit einem Nachwort zu „Teri“ ein Triumphbogen gebaut, durch den hoffentlich noch viele Romane dieses ungarischen Erzählers in die Bewunderung und Liebe der deutschen Leserschaft einziehen.

„Sozialistische Arbeiterjugend“, Ziele und Aufgaben, von Erich Ollenhauer, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. 1929. Kart. 40 Pf. Soeben erschien eine kleine Schrift, die in der bevorstehenden Werbearbeit unter den Schulentlassenen ausgezeichnete Dienste leisten wird. Erich Ollenhauer behandelt in dieser Schrift Ziele und Aufgaben der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung. Seine Darlegungen gewähren einen guten Einblick in das vielgestaltige Gemeinschaftsleben der sozialistischen Jugendgruppen, so daß sie jeden jugendlichen Leser anregen werden, diese Bewegung aus eigener Anschauung kennen zu lernen und an ihrem Leben selbst Anteil zu nehmen.

Der Alkoholismus nach den amtlichen Heilanstaltsstatistiken des Deutschen Reichs. Von S. Paproth. Preis 1,60 Mark. Auf Grund der Richtlinien des Reichsgesundheitsamts sind die vorliegenden Untersuchungen veranstaltet, die geeignet sind, die bestehenden Gegensätze stark zu verkleinern und entgegenstehende Ansichten einander näherzubringen.

„Der Bächerkreis“. Probenummern stehen gratis zur Verfügung. Monatsbeitrag nur 1 Mk.; dafür erhält man vierteljährlich einen Band bei freier Auswahl, außerdem monatlich kostenlos die Zeitschrift; Jahresmitglieder haben Anspruch auf eine Freuepremie. Wer erst einen Versuch machen will, der braucht zunächst nur die halbjährige Probenmitgliedschaft zu erwerben. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen bei der nächstgelegenen Parteibuchhandlung oder direkt bei der Hauptgeschäftsstelle „Der Bächerkreis“, O. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6.

Todesursachen und Alkoholmißbrauch. Ein Vergleich nach den amtlichen Todesursachenstatistiken in Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika in bezug auf die Symptome des Alkoholismus. Von S. Paproth. Preis 1,20 Mark.

Goslar.

Die ausgeschriebene Stelle eines Geschäftsführers ist besetzt. Gemählt wurde der Kollege Otto Menk (Hamburg). Allen Bewerbern besten Dank. [2,50 Mk.]

Zahlstelle Schöningen.

Die ausgeschriebene Stelle eines Geschäftsführers ist besetzt. Gemählt wurde der Kollege Richard Kolb, Pirna. Allen Bewerbern besten Dank. [2,50 Mk.]

QQQ Aus der Industrie QQQ

Chemische Industrie

Endgültige Erledigung eines Schwindels.

Auf Grund der von dem Chemiker Prof. Dr. v. Kapff ausgearbeiteten Säuretherapie, wonach durch Säureeinwirkung Erkältungskrankheiten verhütet und behoben werden sollen, wurde die Behauptung aufgestellt, daß Arbeiter in der Säureindustrie von Erkältungskrankheiten verschont bleiben, was sich jedesmal bei Influenza- und Grippeepidemien bemerkbar gemacht haben sollte. Diese Ansicht wurde von Laien und Medizinern angezweifelt und bestritten. Bestimmte Unternehmer und deren Beauftragte hielten aber nach wie vor daran fest, daß Säurebetriebe in bezug auf Erkältungskrankheiten als Sanatorien angesprochen werden könnten. Wir sind dieser Auffassung immer entgegengetreten und haben einmal auch die Angelegenheit mit Sarkasmus behandelt.

Nunmehr wird die Haltlosigkeit solcher Behauptungen restlos widerlegt, indem bei der letzten Grippeepidemie im höchsten Farbwerk der J.-G. Farbenindustrie von der Werkleitung, dem Betriebsrat und dem Krankenkassenvorstand festgestellt werden konnte, daß die Zahl der Grippeerkrankungen in den Säurebetrieben größer war als in den übrigen Betrieben. Ein Kommentar zu dieser Tatsache erübrigt sich. G. Haupt.

Notizen aus der chemischen Industrie.

Die Weltproduktion an Superphosphat. Die deutsche Erzeugung geht zurück.

„Die Zeitschrift „Le Phosphate et les Engrais chimiques“ bringt eine Statistik über die Weltproduktion von Superphosphat. Danach wird die jährliche Weltproduktion zur Zeit auf 14,25 Millionen Tonnen geschätzt, wovon auf Europa 61 Prozent, auf Amerika 23 Prozent, auf Australien 8 Prozent, auf Asien 6 Prozent und auf Afrika 2 Prozent entfallen. In der europäischen Produktion steht Frankreich mit 2 Millionen Tonnen an erster Stelle. Es folgen Italien mit über 1,5 Millionen Tonnen, Spanien mit nahezu 1 Million Tonnen, England und Deutschland mit zusammen 0,8 Millionen Tonnen, die österreichischen Nachfolgerstaaten mit über 0,5 Millionen Tonnen, Dänemark mit 0,25 Millionen Tonnen und Schweden mit 0,25 Millionen Tonnen. Während die Erzeugung in den meisten europäischen Staaten gestiegen ist, ging die Produktion in England und Deutschland zurück. Deutschland ist innerhalb Europas vom zweiten auf den fünften Platz gerückt.“

Norsk Hydro. (Schwedische Stickstoffindustrie.)

Aus Oslo wird gemeldet: „Die Gesellschaft hat beschlossen, die Produktion der neu errichteten Ammoniakfabrik bei Notodden zu verdoppeln, und zwar um 25 000 Tonnen Kalksalpeter. Weiter wurde beschlossen, die im Bau befindlichen Anlagen bei Porsgrund auf eine Produktion von 100 000 Tonnen Kalkammonium zu bringen. Bekanntlich hat die J.-G. Farbenindustrie mit der Norsk Hydro eine Interessengemeinschaft.“

Ein neuer Kunstseidefaserstoff.

„Eine französische Firma im Departement Hère bringt laut „Konfektionär“ einen neuen Textilfaserstoff heraus, der etwa 20 Prozent Wolle und erhebliche Partien Pflanzenfasern enthält und vorläufig den Namen „Soie Synthésia“ tragen soll.“

Gründung einer Gesellschaft zur Herstellung von Wolle.

Seit einiger Zeit fanden in Lombricht bei Neustadt (Pfalz) laut der „Neuen Badischen Landeszeitung“ Versuche über Erprobung eines neuen Verfahrens zur Herstellung von Wolle statt. Die Versuche, an denen sich vor allem auch die Zellstofffabrik Waldhof beteiligte, sind nunmehr abgeschlossen. Die Gründung einer besonderen Gesellschaft, der Wolleiden-G. m. b. H. (Mannheim), ist am 20. Februar vollzogen worden. Die Geschäftsräume befinden sich in der Zellstoffabrik Waldhof.

Misserfolge, aber keine Dividende.

Die italienische Gesellschaft S. n. i. A. Viscosa weist in ihrer Bilanz für 1928 einen Reingewinn von 72,500 Lire aus, trotzdem eine 25prozentige Preisermäßigung für die Kunstseideprodukte der Gesellschaft vorgenommen wurde. Obwohl die Gesellschaft über rund 180 Mill. Lire flüssige Mittel verfügt, hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossen, den Gewinn für Abschreibungen zu verwenden. Wie die Firma berichtet, ist sie für das erste Halbjahr des laufenden Jahres mit Aufträgen versorgt. Die S. n. i. A. Viscosa ist jene italienische Gesellschaft, deren Preisunterbietung in Kunstseideprodukten in Deutschland zur Aufhebung der Preiskonvention geführt hat. Ansehend hat sich die S. n. i. A. Viscosa für neue Preiskämpfe stark gemacht. Ode. will sie eine gute Aussteuer mit in die internationale Ehe bringen?

Neugründung in der englischen Kunstseideindustrie.

In London ist mit einem Aktienkapital von 275 000 Pfund (1 Pfund etwa 20 Mk.) die Breda Viscosa Company unter Mitwirkung der British Viscosa Silk geordnet worden. Die neue Kunstseidegesellschaft hat sämtliche Aktien der 1925 gegründeten British Viscosa Co., darunter auch die Handelsmarke „Viscose“ übernommen und wird sich mit der Herstellung von Kunstseidegarn hauptsächlich nach dem Viscoseverfahren befassen.

Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie, A.-G., Hannover.

Zu den Fusionsverhandlungen in der deutschen Gummireifenindustrie wird gemeldet, daß vorerst nur zwischen Continental-Caoutchouc und Peters-Union verhandelt wird. Eine zwischen diesen beiden Firmen zustandekommende Fusion würde die geeignete Grundlage schaffen für die Einbeziehung der anderen schon im vorigen Jahre an den Verhandlungen beteiligten Gesellschaften.

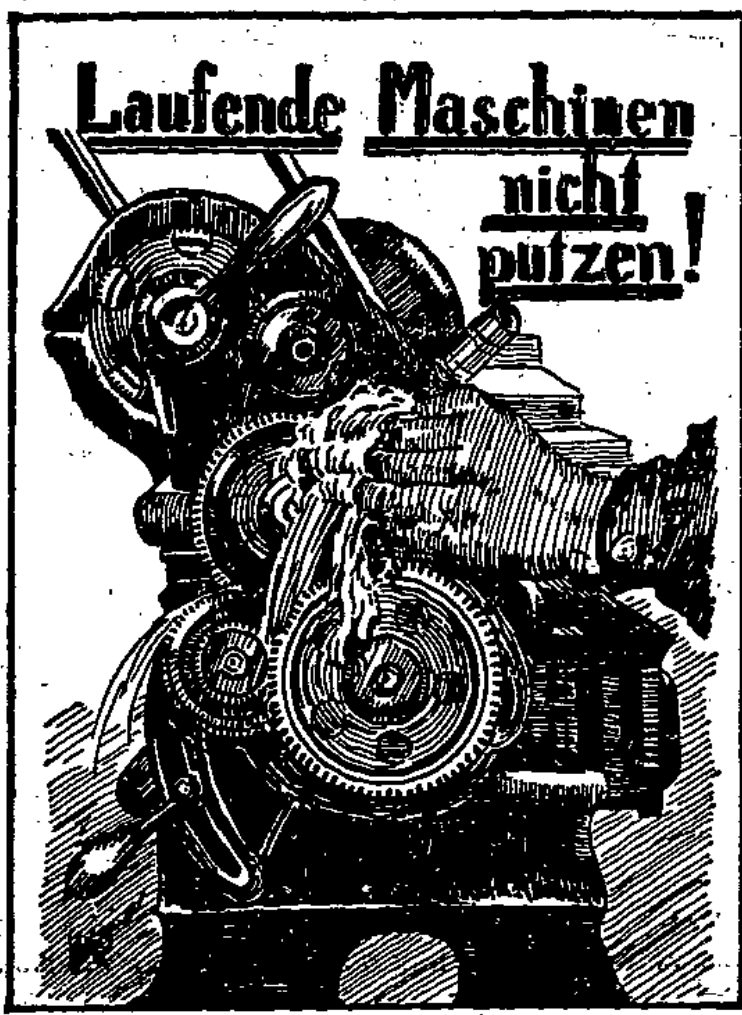
Amerikaplätze der J.-G. Farbenindustrie, A.-G.

Die J.-G. Farbenindustrie, die bereits starke Bindungen mit den Konzernen der chemischen Industrie Amerikas hat, scheint die Absicht zu haben, eine weitere Ausbreitung ihrer Interessen in Amerika vorzubereiten. Zu diesem Zweck unternimmt der Generaldirektor der Gesellschaft, Dr. Bosh, mit einem großen Stabe von Direktoren und leitenden Chemikern eine Reise nach den Vereinigten Staaten. Es handelt sich vorwiegend um die Regelung der Herstellung von Präparaten insbesondere pharmazeutischen Produkten, deren Herstellung im Inland wegen der hohen Steuern und deren Export wegen der hohen Zölle für die Industrie angeblich nicht mehr rentabel genug ist. Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese Reise in Verbindung bringt mit dem früher bereits gemeldeten Plan der Bildung einer amerikanischen Holding-Gesellschaft; zum Teil werden hier auch schon praktische die Auswirkungen der jüngsten Gründung der J.-G. Farbenindustrie, der Chemie-A.-G. in Basel, in Frage kommen. A. E.

Konkurrenzkampf in der Schallplattenindustrie.

Aktienkurse von beinahe 1000 Prozent waren in der Schallplattenindustrie lange Zeit an der Tagesordnung. Durch ihre Monopolstellung vermochte sie jahrelang Gewinne zu erzielen, die weit über die aller übrigen Industrien hinausgingen. Durchschnittliche Gewinne von 10 bis 20 Prozent vom Umsatz waren nicht selten, sie erregten um so mehr Aufsehen, als im allgemeinen die deutsche Industrie zeitweise über starke Kapitalarmut lebhaft Klage führte. Die Entwicklung in der Schallplattenindustrie verlockte selbst in einer angeblich verarmten Volkswirtschaft zu fieberhaften Spekulationsgründungen. Wiederholt ist vor der pilgertartigen Ausbreitung der Schallplattenindustrie gewarnt worden, jedoch vergeblich. Die Entwicklung schien aber die Unternehmer dieses Industriezweiges bei ihren enormen Spekulationen zu begünstigen. In der Öffentlichkeit wartete man seit langem auf einen großen Konkurrenzkampf, der am Ende ausbrechen mußte. Dieser Kampf ist nunmehr eingetreten. Die von der englischen Augenheiler-Gesellschaft Vocalion und dem Bankhaus Jarislowsky & Co. gegründete deutsche Orchestrola-Vocalion-A.-G. bringt seit einiger Zeit eine 20-Zentimeter-Platte heraus, die erheblich billiger ist als die übliche 25-Zentimeter-Platte. Damit war das Angriffssignal gegeben, worauf die Firmen Lindström und Polyphon ebenfalls mit einer neuen 20-Zentimeter-, sogenannten Volksplatte geantwortet haben. Diese kostet nur noch 1,50 Mk. pro Stück gegen 3,50 Mk. Kleinverkaufspreis der 25-Zentimeter-Platte.

Die Hersteller behaupten, daß, trotzdem der Preis von 1,50 Mk. ganz offensichtlich ein Kampfpriß ist, dennoch die Selbstkosten gedeckt werden, ja man behauptet sogar, daß dabei noch ein geringer



Gewinn erzielt wird. Das ist jedoch nach Auffassung der Fachkreise nur dann möglich, wenn es sich nicht nur um ein Kopierexemplar vorhandener Matrizen, also um Herstellung ohne neue Aufnahmekosten, handelt, sondern wenn diese Platten frei oder nur zum Teil von Künstlerantennen belastet sind. Wenn sich auch bei der zuletzt erwähnten Art von Schallplatten eine wesentliche Verbilligung nicht erzielen lassen wird, so wird doch ganz besonders für Tanzmusik eine Abwanderung zu den Volksplatten stattfinden und die Konkurrenz der Schallplattenfabriken zwingen, die billigeren Platten qualitativ besser herzustellen, als das vielleicht anfänglich in ihrer Absicht lag.

Die Grammophonindustrie, die durch starke Konventionen in ihren Schallplattenpreisen gebunden war, hat damit eine Bresche in die hohen Gewinnergebnisse der Grammophon-Gesellschaften geschlagen. Der durch die Konkurrenz bedingte Preisabbau wird zweifellos einen erheblichen Abbau der Schallplatten im Gefolge haben. Zu gleicher Zeit wird in Fachkreisen bekannt, daß infolge Rückgang der Marktkaufkraft sich außerdem eine Konjunkturverschlechterung angeigt, da in den letzten Monaten keine weitere Absatzsteigerung im Inland gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eingetreten sein soll. Diese Umstellung hat empfindliche Folgen für die Börsenspekulanten gehabt. Die Aktien der Lindström-Gesellschaft sind im laufenden Jahre von 950 Prozent auf 840 Prozent gefallen, die der Polyphon von 460 auf 330 Prozent.

Das Spekulantentum, das sich wie hungrige Fliegen auf hochprozentige Börsenpapiere stürzte, hat sich zum Teil schwer die Finger verbrannt. Die Arbeiterchaft der Schallplattenindustrie hat in einer Zeit, während der die Aktionäre der Schallplattenindustrie ihre Taschen bis zum Platzen füllten, bei teilweise gesundheitlich schlechten Arbeitsverhältnissen, bescheidenen Arbeitslöhnen und zum Teil leider durch Überforderung der Schallplattenindustrie ihr möglichstes beigetragen, sie wird damit zu rechnen haben, daß die Aktionäre, die sich gegen jede Beschneidung ihrer Bezüge zur Wehr setzen werden, die Preisverbilligung durch weitere Arbeitsbelastung sowie Lohnbesneidung auf die Arbeiterchaft abzumwälzen versuchen. Nur ein geschlossenes Organisationsverhältnis in der Schallplattenindustrie wird die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie schützen können. A. E.

Gesundheitsgefahren und Verminderung der Arbeitsleistung durch Industrielebens.

In der „Farben-Zeitung“ nimmt Dr.-Ing. Paul Reitmunn (Charlottenburg) das Wort, um den Kampf gegen den Industrielebens zu unterstützen. Er stellt fest, daß der Industrielebens die meisten Berufserkrankungen hervorruft, sei es durch Hauschädigungen, Schädigungen der Atmungsorgane oder gar Vergiftungen. Seiner Auffassung nach wird dem Industrielebens von Gewerbehygienikern, Ärzten, vorwiegend aber von den Betriebsleitern selbst nicht die genügende Bedeutung beigegeben. Er verkennt nicht, daß die Staubentwicklung auf den einzelnen Arbeiter verschieden ist, je nach persönlicher Anlage und Widerstandsfähigkeit. Er spricht auch aus, daß manche Staubarten, wenn sie nicht im Übermaß eingeatmet oder geschluckt werden, unschädlich sind. Es bleiben aber noch überreichliche Schädigungsmöglichkeiten, die ihren Ausdruck in Hauterkrankungen, Lungenerkrankungen und Vergiftungen finden. Die Vergiftungen kommen häufig dadurch zustande, daß der Staub im menschlichen Organismus gelöst wird und bei der Lösung Verbindungen eintritt, die giftig sind und starke Giftwirkung ausüben.

In dieser Beziehung bringt der Aufsatz nicht viel Neues, ist aber geeignet, das Gewissen der Unternehmer und Betriebsleiter zu schärfen. Er spricht auch die den Gewerbehygienikern bekannte Tatsache nochmals aus, daß die schädliche Wirkung des Industrielebens durch Anfeuchtung nicht behoben, vielfach sogar verschärft wird. Das Gesundheitswertes des Aufzuges scheint uns aber der

Vorschlag zu sein, im Betrieb nach Möglichkeit alle Staubablagungsplätze zu beseitigen und vor allem die Wände ohne jede Anlehe glatt zu gestalten und mit einer häufig zu erneuernden Anstrichfarbe oder mit einer festen abwaschbaren Glasurfarbe zu versehen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß der Wandanstrich nicht einfarbig grau zu sein braucht, daß vielmehr die dem Auge wohlthuenden lebhaften Farben keine erheblichen Mehrkosten verursachen, dafür aber die Arbeitsluft steigern.

Diese Ansicht haben wir in Wort und Schrift schon häufig vertreten. Einige fortschrittlich eingestellte Unternehmer haben auch Versuche nach dieser Richtung angestellt und Arbeitsräume freundlich und schön mit Farben ausgestattet, wo es möglich war, auch Blumen und andere Topfpflanzen im Arbeitsraum untergebracht. Der Erfolg war überraschend, die Arbeitsfreudigkeit und damit die Arbeitsleistung stieg, und die Augen der in dauernder Arbeitsfront beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen brauchten nicht auch noch auf dem Grau des ewigen Alltags zu ruhen. Wir möchten nur wünschen, daß solche Ausstattungen nicht ungehört verhallen. G. Haupt.

Papier-Industrie

Die deutsche Papiererzeugungs-Industrie im Jahre 1928.

II.

Der Schluß des Artikels soll der

Lohnpolitik

der deutschen Papiererzeugungs-Industrie gewidmet sein.

Immer wieder werden von den führenden Persönlichkeiten der deutschen Papiererzeugungs-Industrie die Hungerlöhne der Papierarbeiter für alle Konjunkturschwankungen und für alle wirtschaftlichen Mifßlichkeiten verantwortlich gemacht. Die Jägellostigkeit in der Preispolitik und die oftmals ganz unverständlichen Maßnahmen bei der Absatzregelung werden dagegen als verzeihliche Kinderkrankheiten des kapitalistischen Systems von den Führern der deutschen Papiererzeugungs-Industrie angesehen. Auch auf der diesjährigen Jahresversammlung des Zentralausschusses der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie konnte der Geschäftsführer, Herr von Wussow, es sich nicht verkneifen, die Arbeiterlöhne für den Konjunkturrückgang mit haftbar zu machen. Nach der „Papierzeitung“ Nr. 8/1929 hat Herr von Wussow dazu folgendes ausgeführt:

„Die steigende Konjunkturkurve, die im Sommer 1928 mit dem englischen Kohlenstreik begann, hat mit 1/4 1928 ihren Höhepunkt erreicht und ist zur Zeit im langsamen Abstieg begriffen. Beachtenswert ist, daß nicht, wie normal, die einsetzende Wirtschaftskrise fallende Preise zur Folge hatte, sondern im Gegenteil z. B. der Index der Fertigwaren von 156,1 im Januar 1928 auf 159,9 im November, also um 2,4 vom Hundert gestiegen ist, wohl eine Folge der widernatürlichen Lohnpolitik unter staatlichem Zwang und unserer ungelunden Kreditpolitik.“

Abgegeben von der Anrempel der Papierarbeiterchaft, die in einer derartigen offiziellen Äußerung von leitender Stelle der deutschen Papiererzeugungs-Industrie liegt, wird auch Herr von Wussow und seine Freunde in dieser Frage unter dem Druck der Verhältnisse noch umlernen müssen.

In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich interessant, auch die Stellungnahme führender Persönlichkeiten der Betriebswirtschaft kennen zu lernen. In der Oktobernummer der „Wirtschaftlichen Technik“, dem Organ des Bundes Deutscher Zivilingenieure, veröffentlicht der betriebswirtschaftliche Syndikus, Zivilingenieur J. Bader, einen Artikel, betitelt „Lohnkämpfe und Konjunktur“, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Bisher trafen Lohnkämpfe in Erscheinung, wenn die Arbeiterchaft bestimmter Wirtschaftsgruppen feststellen konnte, daß die Abgabentendenz eine günstige war. Sie wollte sich in diesem Falle ihren Anteil an den höheren Gewinnen sichern. Neuerdings werden Verhandlungen über Erhöhung der Löhne von den Arbeitern auch mit besonderer Intensität betrieben, wenn die allgemeine Wirtschaft, wie das jetzt der Fall ist, gute Konjunkturen bereits hinter sich hat.“

Die Behauptung der Unternehmer, daß Lohnerhöhungen zu Beschäftigungs- und Absatzschwierigkeiten führen, widerlegt Zivilingenieur Bader durch folgende Sätze:

„Das Argument, daß die Löhne nicht tragbar wären, hat sich, wie die weitere Entwicklung der Wirtschaft bewies, als falsch erwiesen. Beschäftigung und Absatz blieben von diesen Preiserhöhungen unbeeinträchtigt. Für den Inlandsabsatz erscheint es als zweifelhaft, ob das Selbstkostenproblem bei Lohnerhöhungen tatsächlich die ausschlaggebende Rolle spielt, die ihm heute zugewiesen wird. Bei ganz nächster Betrachtung erscheint es so, als ob es sich um ein Verhandlungsargument dilettantischen Grades handeln würde. Diese Auffassung erscheint berechtigt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. die rheinisch-westfälische Eisenindustrie das Angebot gemacht hat, die erhöhten Löhne trotz verschlechterter Geschäftsverhältnisse auf ein Jahr weiter zu vereinbaren und außerdem auf die reinen Zeitlöhne eine tarifliche Zulage zu geben. Diese Auffassung erscheint weiter gerechtfertigt, wenn man die Entwicklung der Reichslohntarifpolitik in den letzten Jahren in Vergleich zieht zu einzelnen Konjunkturelementen, wie z. B. zur Entwicklung der Großhandelspreise, Löhne und Rohmaterialpreise als Unkostenfaktoren einer bestimmten Wirtschaftsgruppe haben, wie aus der Entwicklung der Konjunktur zu ersehen ist, einen nachteiligen Einfluß auf die Konjunktur ebenfalls nicht in dem Umfange gehabt, den man aus der Erörterung des Selbstkostenproblems bei Lohnerhöhungen annehmen müßte.“

Zivilingenieur Bader schlußfolgert dann weiter:

Bei dieser Sachlage gerät ein weiteres Argument, nämlich das der nachteiligen Auswirkung von Lohnerhöhungen bei dem Verlauf einer Konjunktur, ins Schwanken. Gewiß folgen den Lohnerhöhungen entsprechende Zuschläge auf die Produktion der betroffenen Wirtschaftsgruppen. Aber diese Zuschläge waren bisher nie Ursache eines Abflauens der Konjunktur. Die große Gesehmäßigkeit des Gages, daß Angebot und Nachfrage die Preise regulieren, hat sich nicht so ausgemerkt, daß der gesteigerte Preis die Nachfrage gemindert hätte. Es sind schwerwiegende Einflüsse, die zu Konjunkturveränderungen führen. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, in der die große Masse der Unternehmer über das Wesen der Konjunktur anders denkt, als dies heute der Fall ist. Wir sind bisher gewohnt, von den Gewinnern der guten Konjunktur, aber nicht von den Kosten der guten Konjunktur zu sprechen. Es erscheint aber der Überlegung wert, und die gegenwärtige Lage rechtfertigt diese Überlegung noch mehr, an Stelle

vom Selbstkostenproblem in der Erzeugung vom Selbstkostenproblem in der Konjunktur zu sprechen.

Zwillingenieur Bader bekämpft sodann die heutige Auffassung der Unternehmer, daß gute und schlechte Konjunktoren den Gesetzen der Wirtschaft unterworfen sind...

Die zwei Punkte, an denen diese Arbeit in Angriff genommen werden muß, sind das Beschaffungswesen und der Vertrieb. Was zwischen diesen beiden liegt, beeinflusst die Konjunktur überhaupt nicht.

Es ist anzunehmen, daß Zwillingenieur Bader als betriebswirtschaftlicher Syndikus von diesen Dingen etwas versteht.

Fernerhin sollten die Papiererzeugungs-Industriellen nicht vergessen, daß niedrig entlohnte Arbeitnehmer die schlechtesten Arbeitskräfte sind.

Papierarbeiterlöhne in Rußland.

Mit wenigen Ausnahmen laufen in den Monaten März und April die Reichs- und Bezirkslohnverträge der Papierindustrie in Deutschland ab.

In dieser Situation hält es auch die kommunistische Partei Deutschlands für dringend notwendig, eine Offensive zu eröffnen, natürlich nicht gegen die Unternehmer und deren Organisationen, sondern nach kommunistischer Art ganz selbstverständlich gegen die freien Gewerkschaften.

Monatsdurchschnittslöhne in der russischen Papiererzeugungs-Industrie.

Selbstverständlich wird der außerhalb Rußlands lebenden Arbeiterklasse immer wieder vorgeganzelt, in welsch herrlichen, für die Arbeiterklasse der ganzen Welt erstrebenswerten Zuständen die Kollegen der russischen Papierindustrie leben.

Table with 2 columns: Month and Lohn. April 1928: 59,59 Tsd. Rubel = 128,76 Mk. Mai 1928: 63 Tsd. Rubel = 135,45 Mk. Juni 1928: 63,63 Tsd. Rubel = 136,80 Mk. Dezember 1928: 62 Tsd. Rubel = 133,30 Mk.

Die Löhne für die Monate April, Mai, Juni sind amtlich ermittelt und in „Wirtschaft und Statistik“ entnommen.

Zur Veranschaulichung der Lage in der sogenannten „Sozialistischen“ Sowjetrepublik kann es nur dienen, wenn wir ihr die Löhne gegenüberstellen aus rein kapitalistischen Staaten.

Nach dem ersten Februarheft für „Wirtschaft und Statistik“, 1929, geschätzten sich im Monat November 1928 in der Papierindustrie des Staates Kewpork die Papierarbeiterlöhne folgendermaßen:

Arbeiter 29,02 Dollar, Arbeiterinnen 15,32 Dollar pro Woche. Der Durchschnittslohn sämtlicher Arbeitnehmer betrug 29,27 Dollar pro Woche.

Monatsdurchschnittslöhne.

Table with 2 columns: Category and Lohn. Arbeiter: 125,75 Dollar = 528,65 Mk. Arbeiterinnen: 65,39 Dollar = 278,84 Mk. Sämtl. Arbeitnehmer: 126,84 Dollar = 534,73 Mk.

In dem Gesamtdurchschnittslohn für „sämtliche Arbeitnehmer“ sind auch die Löhne der besserentlohnenden Lager- und Verwaltungsarbeiter mit eingerechnet, wodurch sich der Durchschnittslohn erhöht, während sie bei den Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen (Betriebsarbeiter) nicht mitgerechnet sind.

Für die folgenden Staaten stehen uns leider nur die Durchschnittslöhne für das Jahr 1927 zur Verfügung.

Schweden.

Nach der angeführten Nummer von „Wirtschaft und Statistik“ betragen die Stundenlöhne in Papiermasse-Fabriken (Holzstoff und Zellstoff) 1,11 Kronen, und die Jahresverdienste 2828 Kronen; in Papierfabriken betragen die Stundenlöhne 1,04 Kronen und die Jahresverdienste 2487 Kronen im Durchschnitt.

Bekenntnisse einer schönen Seele.

Das Kapital, das nicht ständig neue und bessere Arbeit schafft, ist nutzloser als Sand. Das Kapital, das die täglichen Lebensverhältnisse des Arbeitenden nicht ständig hebt und den Lohn der Tagesarbeit gerechter gestaltet, hat seine höchste Aufgabe verfehlt.

Henry Ford in „Mein Leben und Werk“.

Schnitt. Daraus errechnen sich für das Jahr 1927 folgende Monatsdurchschnittslöhne:

Table with 2 columns: Category and Lohn. Holzmassefabriken: 219 Kronen = 245,28 Mk. Papierfabriken: 207,25 Kronen = 232,12 Mk.

Vergleicht man diese schwedischen Monatsdurchschnittslöhne von 1927 mit den russischen April-Durchschnittslöhnen von 1928 so ergibt sich, daß die Löhne der schwedischen Papiermassearbeiter um rund 90 Prozent, und die der schwedischen Papierfabrikenarbeiter um rund 80 Prozent über den russischen Löhnen stehen.

Norwegen.

Nach der Statistik unseres norwegischen Bruderverbandes betrug der Tagesdurchschnittsverdienst der norwegischen Papierarbeiter im Jahre 1927 10,18 Kronen.

Wiederum dem russischen April-Durchschnittslohn von 1928 gegenübergestellt ergibt, daß die Löhne der norwegischen Papierarbeiter rund 130 Prozent über den russischen liegen.

Deutschland.

Nach den von der Papiermacherberufsgenossenschaft ermittelten Jahresdurchschnittslöhnen ergeben sich, in Monatsdurchschnittslöhnen umgerechnet, für die deutschen Papierarbeiter folgende Lohnsummen für das Jahr 1927:

Table with 2 columns: Category and Lohn. Papierfabrikenarbeiter: 180,42 Mk. Pappenfabrikenarbeiter: 155,83 Mk. Holzstoff-Fabrikenarbeiter: 200,- Mk. Strohstoff-Fabrikenarbeiter: 214,13 Mk. Holzschleiferarbeiter: 174,17 Mk. Arbeiter in Nebenbetrieben: 153,66 Mk. Sämtliche Arbeiter: 160,75 Mk.

Vergleicht man den Monatsdurchschnittsverdienst sämtlicher Papierarbeiter des Jahres 1927 mit den April-Durchschnittslöhnen der russischen Papierarbeiter, so ergibt sich, daß die Löhne der deutschen Papierarbeiter im Durchschnitt rund 25 Prozent über den russischen stehen.

Lohn- und Lebenshaltungindex.

Einen Vergleich über die Bekleidung der wirtschaftlichen Lage der Papierarbeiterklasse bietet aber erst eine Gegenüberstellung des Lohn- und Lebenshaltungindex. Leider war es uns nicht möglich, den Lohnindex für die russische Papierarbeiterklasse besonders zu ermitteln, weshalb wir gezwungen sind, den Lohnindex sämtlicher russischen Industriearbeiter in Anwendung zu bringen, wobei man allerdings von der Voraussetzung ausgehen muß, daß die Lohnentwicklung der russischen Papierarbeiter mit der der übrigen russischen Industriearbeiter gleichem Schritt gehalten hat.

Table with 4 columns: Staat, Lohn, Lebenshaltungskosten, Index. Rußland: 275, 224. Nordamerika: 236, 170. Schweden: a) Papierfabriken: 215, 172; b) Holzmassefabriken: 203, 172. Norwegen: 254,5, 201,5. Deutschland: 183,6, 150,7.

Hierbei muß wiederum beachtet werden, daß es sich bei Schweden, Norwegen und Deutschland um die Indexzahlen von 1927, dagegen bei Rußland und Nordamerika um Index-

zahlen von 1928 handelt. Beachtet man ferner, daß die Lebensmittelknappheit in Rußland wieder derartig gestiegen ist, daß die russische Regierung zur Brotkationierung schreiten und Brotkarten einführen mußte, so dürfte der angeführte Lebenshaltungszindex, der von Februar 1928 stammt, längst bedeutend überschritten sein.

Es fällt uns natürlich nicht ein, auf die deutschen Papierarbeiterlöhne ein Loblied zu singen. Die angeführten statistischen Zahlen aus Amerika, Schweden und Norwegen selbst unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten, die in Deutschland zweifellos am niedrigsten stehen, beweisen zur Genüge, daß die Löhne der deutschen Papierarbeiter noch ganz erheblich unter den Löhnen der für die deutsche Papiererzeugungs-Industrie als Konkurrenz in Frage kommenden Staaten stehen.

Trotzdem ergibt eine Gegenüberstellung des Zahlenmaterials, daß die Löhne in der russischen Papiererzeugungs-Industrie bei wesentlich längerer Arbeitszeit als in den übrigen Staaten noch ganz erheblich unter den Löhnen der deutschen Papierarbeiter stehen und von uns deshalb mit Recht wiederholt als die schlechtesten innerhalb der internationalen Papiererzeugungs-Industrie bezeichnet wurden.

Internationale Notizen.

III. Österreich.

Nach den amtlichen Schätzungen gestaltete sich die Produktion an Papier und Zellstoff im Jahre 1928 folgendermaßen:

Table with 4 columns: Category, 1913, 1927, 1928. Papier: 188 430, 216 000, 230 000. Zellstoff: 121 360, 199 000, 205 000.

Nach Mitteilungen des „Wiener Börsenkuriers“ mußten vor dem Kriege rund 20 Prozent der Produktion, heute dagegen müssen rund 60 Prozent der Produktion der Papiererzeugungsindustrie ausgeführt werden.

Polen.

Die insgesamt 44 Betriebe der Papiererzeugungsindustrie beschäftigten durchschnittlich 8500 Arbeitnehmer. Darunter befinden sich 24 Papierfabriken mit einer Produktion von 81 894 Tonnen Papier im Jahre 1926 und 93 578 Tonnen Papier im Jahre 1927.

Die Papierholzanfuhr betrug im ersten Halbjahr 1928 rund 480 000 Tonnen, davon gingen 90 Prozent der Ausfuhr nach Deutschland.

Rumänien.

Die Entwicklung der rumänischen Papierindustrie ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Betriebe, Zahl der Beschäftigten, Wert der Erzeugung in Mill. Papierlei. 1919: 134, 5 872, 173 000 000. 1924: 160, 9 822, 1 216 000 000. 1925: 167, 10 554, 1 459 000 000. 1926: 150, 9 609, 1 774 000 000.

Rußland.

In der russischen Papiererzeugungsindustrie werden in 64 Fabriken 39 400 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der vorhandenen Papiermaschinen betrug 117, die der Schleppapparate 95. In sechs Sulfatzellstofffabriken sind 31 Kocher mit 28 037 Raummeter Gesamtkapazität und in einer Sulfatzellstofffabrik und 3 Strohstofffabriken insgesamt 17 Kocher mit 189 Raummeter Gesamtkapazität vorhanden.

Die Produktion im dritten Vierteljahr des Betriebsjahres 1927/28 gestaltete sich folgendermaßen:

Table with 4 columns: Category, Produktion an, Produktion im dritten Vierteljahr 1927/28, Produktion im dritten Vierteljahr 1927/28. Papier: 53 000, 67 393. Pappen: 9 340, 9 876. Zellstoff: 19 364, 21 313. Holzstoff: 18 192, 21 820. Faserhalbstoff: 4 950, 2 393. Strohstoff: —, 7 367.

Schweden.

Die Entwicklung der in der schwedischen Papiererzeugungsindustrie beschäftigten Arbeitnehmer ergibt sich aus nachstehender Aufstellung:

Table with 4 columns: Produktion von, Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, 1900, 1913, 1920, 1928. Papier: 6 353, 11 231, 14 930, 16 393. Papierstoff: 6 910, 12 271, 17 544, 17 682. Insgesamt: 13 263, 23 502, 32 353, 34 055.

Aber die Entwicklung der Produktion geben folgende Zahlen Aufschluß:

Table with 4 columns: Produktion von, Jahresproduktion in Tonnen, 1900, 1927. Papier: 100 000, 603 000. Holzstoff: 125 000, 450 000. Zellstoff: 175 000, 1 550 000.

Die Ausfuhr gestaltete sich folgendermaßen:

Table with 4 columns: Ausfuhr an, Ausfuhrmengen in Tonnen, 1900, 1927. Papier: —, 400 000. Holzstoff: 67 000, 250 000. Zellstoff: 143 000, 1 200 000.

Spanien.

Der Verbrauch an Zeitungsdrukpapier gestaltete sich im Jahre 1927 folgendermaßen:

Table with 2 columns: Category, Menge. Erzeugung: 17 836 Tonnen. Einfuhr: 10 700 „. Gesamtverbrauch: 28 536 Tonnen.

In der gesamten tschechischen Papierindustrie werden 25 400 Arbeitnehmer beschäftigt.

Ungarn.

In Ungarn werden in 6 Betrieben der Papiererzeugungsindustrie rund 700 Arbeitnehmer beschäftigt. Der jährliche Papierverbrauch wird auf 82 000 Tonnen geschätzt, wovon ungefähr 74 000 Tonnen eingeführt werden müssen. Der jährliche Papierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung beträgt 10 Kilogramm.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Zuckerindustrie.

Wiederholt wurden im "Proletarier" unsere Kollegen auf die allgemeinen und auf die besonderen Unfallgefahren in unseren einzelnen Industriegruppen verwiesen. Es gibt in jeder Industriegruppe Arbeitsplätze, an denen sich ganz besondere Gefahren für die Arbeiterschaft aufweisen. In diesen gefährlichen Betriebsstätten zählen in der Zuckerindustrie die Schleudermaschinen oder Zentrifugen. Seit Jahren beschäftigt man sich damit, wie diese gefährlichen Maschinen derart geschützt werden können, um Unfälle nach menschlichem Ermessen auszuschalten. Für andere Industriegruppen, die mit Schleudermaschinen arbeiten, ist längst ein besonders konstruierter Verschluss der Zentrifugen angebracht. In der Zuckerindustrie sind diesbezüglich aber immer neue Schwierigkeiten aufgetreten, so daß dieser Selbstverschluss noch nicht durchgeführt ist. In der Zuckerfabrik Walschleben sind nun im Februar 1929 durch Unfall an einer Zentrifuge wiederum zwei Todesfälle zu verzeichnen, die unsere besondere Aufmerksamkeit erregen müssen. Über die Unfälle selbst erhalten wir von der Berufsgenossenschaft nachstehenden Bericht:

„Am Montag, dem 18. d. M., gegen 9 1/2 Uhr vormittags, fand an einer aus drei großen Zentrifugen bestehenden Station für Mittelsprodukt, die seit mehreren Wochen nicht mehr benutzt wurde, ein zufällig vorübergehender Arbeiter in der mittleren Zentrifuge die leblosen Körper zweier 15jähriger, in der Fabrik beschäftigter Arbeiter liegen. Wie von dem sofort herbeigerufenen Arzt vorgenommenen Wiederbelebungsvorhaben war erfolglos. Wie festgelegt worden ist, war kurz zuvor ein Schlosser an der Station vorübergegangen, hatte die mittlere Zentrifuge in lebhaftem Laufe vorgefunden und sie abgestellt, ohne zu bemerken, daß sie nicht leer war. Der Unfall hat sich nach den angestellten Ermittlungen zweifellos so zugetragen, daß beide Jungen, die in dem darunter liegenden Erdgeschos mit Reinigungsarbeiten beschäftigt waren, die Frühstückspause dazu benutzten, um in der Zentrifuge Karussell zu fahren, ein Vorfall übrigens, den sie offenbar zum ersten Male gemacht hatten, da der Betriebsleitung nichts davon bekannt geworden ist, daß sie in gleicher Weise etwa schon früher einmal gespielt hätten. Offenbar haben sie bei dem zunächst langsamen Gang der eingerückten Zentrifuge sofort derartig die Orientierung verloren, daß es nicht mehr möglich war, den Ausrückhebel zu fassen. So sind sie mit allmählich stärker werdender Umdrehungsgeschwindigkeit etwa eine halbe Stunde herumgeschleudert worden, bis dann der vorübergehende Betriebschlosser die Zentrifuge abgestellt hat. Äußere Verletzungen hatten sie nicht davongetragen; der Tod ist anscheinend auf Gehirnerschütterung zurückzuführen.“

Es ist hier nicht die Frage am Platze, war diesen Burschen die Gefährlichkeit dieser Maschinen bekannt? Das kann nicht angenommen werden, denn sonst wären sie sicher nicht blind in das Unglück hineingerannt. Wir wollen hier einstweilen jede Schuldfrage beiseite lassen. Betrachtet man die Dinge von der Seite, wie derartige Unfälle künftig verhütet werden können.

Uns liegt ein zweiter Bericht von einem Kollegen vor, der die Angelegenheit etwas anders stellt als die Berufsgenossenschaft. Der Kollege sagt zunächst, die Berufsgenossenschaft hat in ihrem Bericht rein sachlich recht. Er ist aber der Auffassung, daß verschiedene Maßnahmen möglich gewesen wären, um die Unfälle zu verhindern. Es heißt in dem Bericht:

„Die jungen Burschen haben sicher leichtfertig gehandelt. Aber ist hier alles getan, um derartige Fälle zu verhüten? Im Betriebe waren zwei Reihen Zentrifugen vorhanden. Die Unglückszentrifuge steht in einer Abteilung von 12 anderen Zentrifugen. Der Antrieb erfolgt durch Wasserkraft. Die Reihe, in der die Unglückszentrifuge steht, lag am fraglichen Tage seit mehreren Wochen still. Trotzdem stand die Anlage unter Druck, so daß die Zentrifuge durch Umschalten des Hebels jederzeit in Gang gebracht werden kann. Wäre der Wasserdruck abgestellt gewesen, hätte dieses Unglück nicht passieren können.“

Es weiteren haben die Zentrifugen und auch die Unglückszentrifuge keinen automatisch-verschließbaren Deckel. Wäre die Unglücksmaschine mit einem Deckel neuester Konstruktion versehen gewesen, wonach die Zentrifuge nur ange stellt werden kann, wenn der Deckel verschlossen ist, dann hätte dieses Unglück ebenfalls nicht passieren können. Bei einem derartigen Deckel konnten die Burschen, wenn sie in der Zentrifuge standen, diese nicht einschalten, weil ja dann der Deckel nicht zuzuging. Weiter ist die Frage aufzuwerfen, ob man jungen Burschen überhaupt gestatten kann, daß sie während der Frühstückspause in andere Betriebsabteilungen gehen und dort mit gefährlichen Maschinen herumspielen. Eine strengere Aufsicht, daß Jugendliche ihr Frühstück in der Frühstückstube einnehmen, wäre hier am Platze gewesen.“

Nehmen wir beide Berichte zusammen, so beschränkt sich die Berufsgenossenschaft darauf, den Unfall rein sachlich darzustellen. Unser Gewährsmann bemüht sich, den Dingen auf den Grund zu gehen und setzt die Kritik an, um derartige Unfälle künftig zu vermeiden. Diese beiden Unfälle zeigen allen Beteiligten erneut die hohe Unfallgefahr an den Zentrifugen. Ohne die Schuldfrage aufzuwerfen, kann gefordert werden, daß die Betriebsrichtungen so gesichert sind, daß auch spielende Kinder, denn um solche handelt es sich in diesem Falle ja noch beinahe, damit ein Unheil nicht errichten können. Von diesem Standpunkt aus müssen wir auch die Kritik unseres Gewährsmannes ansehen.

Wir können nicht beurteilen, ob die Anlage der Zuckerfabrik Walschleben, soweit die Zentrifugen in Frage kommen, so ist, daß für einen Teil der Zentrifugen, die mit Wasseranbinen jede einzeln betrieben werden, der Wasserdruck für einen Teil der Anlage ausgeschaltet werden konnte. Es handelt sich aber um zwei Zentrifugenreihen, von der die eine Reihe ganz stillstand. Es ist als sicher anzunehmen, daß diese eine

Reihe besonders vom Wasserdruck ausgeschaltet werden konnte. Man kann einwenden, wer denkt daran, daß derartig gefährliche Maschinen als Spielzeug benutzt werden. Der Einwand mag etwas Berechtigtes für sich haben. Die Tatsache aber zeigt, daß mit derartigen Fällen gerechnet werden werden muß. Die Anregung unseres Gewährsmannes, daß man namentlich jugendliche Arbeiter, anhalten soll, während der Frühstückspause den Frühstückstischraum aufzusuchen, dürfte auch nicht von der Hand zu weisen sein. Endlich muß beachtet werden, daß wir seit langer Zeit einen brauchbaren Verschluss für Zentrifugen haben, der derartige Unglücksfälle ausschließt. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß diese Sicherungsverschlüsse zur Einführung gelangen. Alle am Unfallschutz Beteiligten, speziell aber alle Zentrifugenarbeiter und Betriebsleitungen müssen sich diese Unfälle zur Lehre dienen lassen. Betriebsleitung und Arbeiterschaft müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, daß der Unfallschutz an diesen gefährlichen Maschinen ausgebaut wird, soweit es Technik und Erfahrung irgendwie gestatten. Handeln wir nach dem Grundsatz: Schaden verhüten ist besser als Schaden vergüten. E. Senkfeil.

Die kleine Tür.

Es ist nur eine kleine Tür,
Zwei Meter hoch, nicht einen breit,
Und dennoch geht daraus herfür
Das allergrößte Weh und Leid.

Es geht durch diese Tür hinaus
Bei heißer Kehlen wirrem Schall
Manch schöner Hof, manch stattlich Haus,
Fabrik und Mühle, Scheun' und Stall.

Es ist nur eine kleine Tür,
Zwei Meter hoch, nicht einen breit,
Und doch geht durch die Tür hinaus
Viel deutscher Frau'n und Kinder Leid.

H. Kaufnich.

Verschiedene Industrien

Leipziger Frühjahrsmesse.

Spielwaren, Karneval- und Festartikel, Christbaum schmuck und Kunstblumen.

Die Leipziger Frühjahrsmesse ist uns bekannt als eine Wertschau eigener Art. Menschliches Schaffen kommt in gewaltiger Fülle zum Ausdruck. Der Lebenslauf der Kulturmenschen wird uns im Spiegel der Leipziger Messe in einer umfassenden Vielseitigkeit gezeigt.

Die Witterungsverhältnisse der letzten Monate hatten es einem Teil der Interessenten der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse angehan, voranzulagen, daß die Messe durch diesen Umstand stark beeinträchtigt würde. Es wurde von katastrophalen Wirkungen durch die Witterung gesprochen. Neben der schuldigen Witterung wurde auch die Erwerbslosigkeit in der deutschen Wirtschaft zu Voraussetzungen herangezogen. Den Propheten standen die kühl Abwägenden und die Hoffenden gegenüber, und sie haben bei ihrer Disposition besser abgesehen als die Pessimisten.

Der Besuch der Messe war besser als erwartet wurde. Wenn auch ein Teil der ständigen Einkäufer durch die Witterung von Leipzig ferngehalten wurde, so ist damit für den Geschäftsgang im kommenden Sommer und Herbst wenig verloren; denn die in Frage kommenden Einkäufer werden zum großen Teil ihre Einkäufe brieflich nachholen. Es ist ja nicht so, daß es sich um Einkäufer handelt, die noch nie die Leipziger Messe besucht haben, sondern es handelt sich ja um die Einkäufer ganzer Länder oder Bezirke, die durch die Witterungsverhältnisse allgemein abgehalten waren. Vor allem kommen in Frage Einkäufer einiger nordischer und einiger südländischer Länder. Die Einkäufer aus nordischen Ländern kamen nicht, weil sie durch Schnee und Eis abgehalten, die aus südländischen Ländern, weil sie der Aufstellung waren, daß sie die seit Wochen durch die Presse bekanntgewordene Kälte Deutschlands nicht ertragen könnten.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Märtemesse trotz des Ausfalls der Aufträge der vorstehend erwähnten Länder gut abgelaufen hat. Das trifft besonders auf die getätigten Abschlüsse für den Export zu. Auf dem Inlandmarkt ist zum großen Teile vorzüglich disponiert worden. Das ist verständlich durch die allzu große Erwerbslosigkeit der letzten Monate. Diese Vorsichtigkeit wird verschwinden, sobald die Erwerbslosigkeit zurückgeht. Aufträge für den Inlandmarkt können das kommende Frühjahr und den Sommer noch platziert werden. Das Verhalten der Einkäufer für den deutschen Inlandmarkt auf der Leipziger Frühjahrsmesse ist übrigens keine neue Erscheinung; sie tritt fast in jedem Jahr mehr oder weniger auf. Eine Schlussfolgerung daraus zu ziehen, ist abwegig. Die Entscheidung darüber, ob für das laufende Jahr 1929 der Inlandmarkt für Bedarfsprodukte aufnahmefähig ist, hängt lediglich davon ab, ob die Erwerbslosigkeit gestopft werden kann oder nicht. In sachverständigen Kreisen wird damit gerechnet, daß der Baumarkeit in der nächsten Zeit rund eine Million Arbeitslose in sich aufnehmen wird. Das hat selbstverständlich zur Folge, daß auch andere Wirtschaftszweige von dieser Arbeitsaufnahme betroffen und befruchtet werden. Eine solche Entwicklung stärkt die Kaufkraft und damit auch den Inlandmarkt. Neben guten Abschlüssen auf der Baumeße für In- und Ausland sind auf der übrigen technischen Messe für den Export sehr gute Abschlüsse erzielt worden. Die Ausstellerzahl der diesjährigen Frühjahrsmesse betrug 10 030 gegen 10 106 im Jahre 1928.

Die Spielwaren-Industrie ist bei der jetzigen Messe beteiligt mit 850 gegen 817 im Vorjahre. In der Spielwaren-Industrie ist zur diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse eine Art Branchenkonzentration vorgenommen worden. Der renommierte Petershof nimmt in fünf Etagen nur Spielwaren und ähnliche Artikel zur Ausstellung auf. Nur das Erdgeschoss ist mit kunstgewerblichen Mustern belegt. Im Petershof ist der größte Teil der ausstellenden Firmen mit Spielwaren untergebracht. Im übrigen sind noch Spielwaren ausgestellt in einer Reihe Messenhäuser wie Union, Hirsch, Wagner, Drei Könige, Handelshof, Hanjahn und anderen. Im Petershof und in den letztgenannten Messenhäusern sind neben Spielwaren und anderen Produkten auch Christbaum schmuck sowie Kunstblumen und Karneval- und Festartikel untergebracht.

Im Petershof waren alle in Deutschland hergestellten Spielwarenarten mit ganz wenigen Ausnahmen vertreten. Der Besuch dieses Hauses war deshalb gut. Er war in manchen Stunden so groß, daß sich die Besucherzahl in den Durchfluggängen staut. Nach Mitteilung einer Reihe von Ausstellern im Petershof und auch anderen Messenhäusern mit Spielwaren kann gesagt werden, daß die Spielwaren-Industrie einen normalen Abschluß gemacht hat. Über minimale oder schlechte Umsätze ist nirgends gesprochen worden. Einige Aussteller verkauften uns sogar, daß sie mit

den getätigten Abschlüssen weit mehr zufrieden seien als in den vorhergegangenen Jahren. Das trifft vor allem auf den Auslandsverkehr zu.

An ausländischen Ausstellern mit Spielwaren waren vertreten, die Italiener, Österreicher, Tschechen, Franzosen, Amerikaner und Japaner. Während die deutschen Aussteller viele Neuheiten brachten, haben die Neuheiten bei den Ausländern nachgelassen. Vor einigen Jahren war es die italienische und französische Künstlerpuppe, die auf die Messebesucher sehr großen Eindruck gemacht hat. Zwischen hat aber die deutsche Puppenindustrie in Künstlerpuppen sehr große Fortschritte gemacht.

Die ausländische Ausstellerzahl ist im Vergleich zu 1928 gleich geblieben. Hervorragend an der Ausstellung hat sich beteiligt Frankreich mit 140, Italien mit 100, Japan mit 120, Österreich mit 220, die Tschechoslowakei mit 200 Ausstellern. An ausstellenden Spielwarenkongressen ist auch wie in Deutschland rund der zehnte Teil der Gesamtzahlen festzustellen.

Die deutsche Karneval- und Festartikel-Industrie, die Export- und Saisonindustrie ist, stellt nicht nur im Frühjahr, sondern auch im Herbst aus. Im Frühjahr werden in der Regel Auslandsaufträge abgeschlossen, Inlandsaufträge fast durchweg nicht, diese werden in der Regel von den Ausstellern erst unlänglich der Herbstmesse in Empfang genommen. In der Vorkriegszeit war die Auftragserteilung in der Karneval- und Festartikel-Industrie durch die Messen normal. Im Kriege lag die Industrie vollständig still. In der Nachkriegszeit war durch die Karnevalverbote in der Regel nur Auslandsabatz zu verzeichnen. 1926 und 1927 wurden die Bestimmungen über die Karnevalverbote auch in weite Teile gelockert und schließlich beseitigt. Seit diesem Zeitpunkt setzte wieder ein größerer Abatz dieser Industrieerzeugnisse auf dem Inlandmarkt ein. Die Exportaufträge der gegenwärtigen Frühjahrsmesse werden von einem Teil der Aussteller als gut und sehr gut, von anderen als normal bezeichnet. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß auch die Karneval- und Festartikel-Industrie auf der diesjährigen Frühjahrsmesse zufriedenstellend abgeschlossen hat.

Die Christbaum schmuck-Industrie war nur mit Produkten, die in Deutschland hergestellt werden, vertreten. Den größten Anteil stellen die Werkerfirmen Südbüdingens. Sie bringen in der Hauptsache den Glas-Christbaum schmuck in Verbindung mit Lametta und dergl. auf den Markt. Christbaum schmuck aus Blech oder Pappe wird hauptsächlich von Nürnberg, außerdem von mitteldeutschen Firmen auf den Markt gebracht. Auslandsvertretungen kommen nicht in Frage, da die Glas-Christbaum schmuck-Industrie Südbüdingens Monopolstellung besitzt und auch die übrigen angebotenen Christbaum schmuckprodukte nur in Deutschland hergestellt werden. Geschäfte kommen ähnlich wie in der Spielwaren-Industrie zustande. Es gab Aussteller, die von guten, andere wieder von mittelmäßigen Abschlüssen berichten konnten. Über schlechte Abschlüsse konnte nicht berichtet werden. Also auch hier normaler Abschluß.

Die Kunstblumen-Industrie war nicht so stark auf der Messe vertreten, wie es ihr Umfang erweisen dürfte. Die Fabrikanten dieser Industrie haben anscheinend den Wert der Leipziger Messe noch nicht richtig erkannt. Neben den Kunstblumen aus Papier und Stoffen aller Art waren auch Kunstblumen aus Glas, Metall und Wolle ausgestellt. Die Abschlüsse sind allgemein als gut bezeichnet worden. Neben deutschen Ausstellern waren auch einige Auslandsstaaten vertreten.

Die englische Spielwaren-Industrie war mit Puppen und Holzspielwaren sowie Zelluloidspielwaren und Zugartikel vertreten. Die Ware ist Durchschnittsware, eine Ausnahme machen die englische Künstlerpuppe und einige Tiere.

Die italienische Spielwaren-Industrie brachte in der Hauptsache ihre Stoff- und Künstlerpuppen in reicher Auswahl zur Schau. Neuerungen auf diesem Gebiete sind von Italien nicht zu berichten. Es wurden die vor 2 Jahren und 1 Jahr bekannt gewordenen Puppentypen ausgestellt.

Aus der Tschechoslowakei waren Holzspielwaren, Papiermachepuppen, Stoffpuppen und Spielwaren anderer Art vertreten. In gestopften Spielwaren und Puppen konnte man sehr vorteilhafte Produkte feststellen. Auch in Karnevalartikeln hat die Tschechoslowakei in diesem Jahre Fortschritte gemacht.

Die österreichische Spielwaren-Industrie brachte die bekannten Künstler- und Leerpuppen sowie mechanische Spielzeuge auf den Markt. Die Aufmachung für die Puppen war gelungen. Die mechanischen Spielwaren, die gezeigt wurden, stellten in einigen Fällen sehr gute Neuheiten dar. So war z. B. ein Hase in einem Gemüsekorb, bei welchem man auf vier Schritt Entfernung nicht unterscheiden konnte, ob es sich hier um einen lebendigen oder fabrikierten Hase handelte. Alle Eigenschaften des vor der Gefährlichkeit stehenden Hasen sind in dieses Spielzeug hineingearbeitet und werden naturgetreu wiedergegeben. Die Spielwaren-Industrie in Österreich hat im Vergleich zu früheren Jahren Fortschritte gemacht. Die übrigen Aussteller mit Spielwaren aus dem Auslande haben die schon aus früheren Berichten bekanntgewordenen Spielwaren zur Schau gebracht. Einige Neuheiten in mechanischen Spielwaren wurden wiederum von der französischen Spielwaren-Industrie ausgestellt.

Zu bemerken ist, daß neben den Spielwaren im allgemeinen auch die Zelluloid- und Gummispielwaren Fortschritte gemacht haben. So waren u. a. einige Series Leddybären zu sehen, deren innere Hülle aus Gummi, die äußere Hülle aus dem bekannten Leddybärenstoff (Mohairplisch) hergestellt ist. Diese Art von Waren ist ausblasbar. Ihr Eindruck steht den anderen bekanntgewordenen Leddybären nicht nach. Auch bei anderen Spielwaren aus Gummi sind eine Reihe Neuheiten festzustellen. Das trifft auch zu auf die Zelluloidspielwaren-Industrie. H. Eiflein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Calbe a. d. S. Berufs mäßige Schwindler. In der "Tribüne" Nr. 46 vom 23. Februar 1929 befand sich ein Artikel, welcher von dem sogenannten Arbeiterkorrespondenten aus Calbe an der Saale, für das kommunistische Pflasterblatt eingebracht wurde. Der Artikel strotzt von wissenschaftlichen Unwahrscheinlichkeiten und soll nur dem Zweck dienen, den nichtkommunistischen Betriebsrat herabzuwürdigen. Nachfolgend die Bestesblüte des Arbeiterkorrespondenten:

Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Arbeiterkorrespondenz.

Calbe. In der Chem. Fabrik Calbe waltete der sozialdemokratischen Betriebsrat Kreiskammer, im Volksmunde Mo'lohr genannt, seines Amtes. Als kommunistischer Handlanger nach den Grundfragen: alles für die kapitalistische Republik und deren Wirtschaftsaufbau. Er ist stolz darauf, als Kettenhund des Kapitals mitzureden zu dürfen. — In letzter Zeit waren in diesem Betrieb mehrere kleinere Diebstähle zu verzeichnen. Der sozialdemokratische Betriebsrat, von dem wir gar nicht verlangen, daß er Diebstähle fördern soll, ließ sich aber dazu mißbrauchen, die Taschen der Kleidung der jugendlichen Arbeiter zu untersuchen. Bis auf den nackten Körper wurde die Untersuchung erfrachtet. Er sch also seine höchste Aufgabe als Betriebsrat darin, den Unternehmern vor Schaden zu bewahren. Wir wünschen, daß er mit der gleichen Hingabe sich für die Interessen der Arbeiter einzusetzen würde. Das tut er aber nicht, sondern das werden nur revolutionäre Betriebsräte tun, die darum bei der bevorstehenden Betriebsrätewahl von der Belegschaft gewählt werden müssen.

Zu dem Artikel hat am 5. März der gesamte Betriebsrat Stellung genommen. Alle anwesenden Betriebsratsmitglieder, darunter ein eingeschriebenes Mitglied der Kommunistischen Partei, erklärten dem Organisationsvertreter gegenüber, daß dieser Artikel nicht der Wahrheit entspreche und daß sie bereit seien, eine Erklärung unter Zugrundelegung der tatsächlichen Verhältnisse im "Proletarier" mit ihrem Namen zu decken. Zur Sache selbst muß angeführt werden, daß in dem Betrieb der Chem. Fabrik Calbe mehrere Male unter den Arbeiterinnen gegenseitig Diebstähle ausgeführt wurden. Einer Kollegin wurde der gesamte Lohn geklaut, einer anderen die Frühstückstasche mit Inhalt. Außerdem kamen Geldbörse usw. von kleinerer Art vor, so daß unter den

Arbeiterinnen eine gewisse Empörung gegen das unkollegiale Verhalten ihrer Mitarbeiterinnen Platz griff. Naturgemäß mußte sich der Betriebsrat mit dieser Angelegenheit befassen und nach mehrmaliger Aufforderung von den Kolleginnen selbst erklärte sich schließlich der Betriebsratsvorsitzende im Einverständnis des Gesamtbetriebsrates bereit, eine unvorhergesehene Revision der Handtaschen vorzunehmen. Inwieweit nun der Arbeiterkorrespondent in dem Artikel der „Tribüne“ die Sachlage wahrheitsgemäß geschildert hat, überlassen wir dem Urteil unserer Gesamtkollegen. Die unterzeichneten Betriebsratsmitglieder erklären, daß der Artikel, wie in der kommunistischen Presse üblich, von Unwahrheiten froßt, und daß diese unsere Klarstellung des Sachverhaltes der Wahrheit entspricht.

Otto Stieler, W. Bruder, W. Lorenz, W. Mehne, Chr. Frenzel, D. Kreischmer.

Duisburg. Diktaturgefühle. In Duisburg befindet sich die Firma Duisburger Tapetenfabrik Dr. C. u. A. Schumacher. Diese Firma wird sowohl von den Verbänden der Fabrikanten wie auch von den Organisationen der Händler sehr heftig bekämpft, da sie ihre im Fabrikbetrieb hergestellten Tapeten in ihren eigenen über das Ruhrgebiet verbreiteten Verkaufsgeschäften direkt dem verbrauchenden Publikum zuführt und dadurch nach Auffassung der Händler- und Fabrikantenorganisationen ihre Ware zu untragbaren Konkurrenzpreisen dem Publikum anbietet. Käufer dieser Duisburger Tapeten sind vorwiegend die Industriearbeiter des Ruhrgebietes. Der Fabrikationsbetrieb wird geleitet von dem 23jährigen Sohn des Firmeninhabers. Dieser junge Betriebsleiter schwärmt angeblich nicht nur für Mussolini, sondern fühlt sich auch selbst zum Diktator innerhalb seines Betriebes. Jedenfalls legt der junge Herr auf Tarifverträge und Gesetze recht wenig Wert. Nach dem Tarifvertrag für die deutsche Tapetenindustrie, der grundsätzlich den Achtstundentag vorsieht, kann bei Arbeitsänderung im Benehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung die Arbeitszeit auf 54 Stunden wöchentlich und mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung auf 60 Stunden wöchentlich, selbstverständlich innerhalb der sechsstündigen Arbeitswoche, erhöht werden. Herr Schumacher jun. glaubt aber, aus eigener Machtbefugnis eine 60stündige Arbeitszeit an fünf Arbeitstagen pro Woche anordnen zu können. Deswegen zur Rede gestellt, gab er die philosophische Antwort: „In meinem Betriebe bestimme ich und kein anderer, die Revolutionsgesetze sind für mich nicht maßgebend.“ (Wenn das „sein“ Betrieb ist, dann soll er sich doch auch „seinen“ Reingewinn selbst verdienen.) — Es mag dem jungen Herrn nicht ganz angenehm gewesen sein, als ihm von dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamte eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft angehängt wurde, falls er sich den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen nicht füge. Der zweifelhafte sehr gutgemeinte Ratsschlag des Gewerbeaufsichtsamtes, der junge Herr möge die Bestimmungen des Betriebsvertrages, der Gewerbeordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches peinlichst beachten, scheint auch uns sehr angebracht. Nachdem der Herr Schumacher jun. sich überzeugen lassen mußte, daß auch ohne Diktatur in Deutschland gesetzunkundige Betriebsleiter recht energig belehrt werden können, führte die Firma das Zweischichtsystem ein, wobei zu allem Überfluß der zuständige Arbeiterrat auch noch die Zustimmung zur wöchentlichen 60stündigen Arbeitszeit gab. Herr Schumacher hatte also wirklich keinen Grund, sich über die Einstellung des Arbeiterrats zu beschweren. Nach Auffassung des Arbeiterrats liegt aber heute keine Veranlassung zu einer derartig übermäßig langen Arbeitszeit mehr vor. Deshalb machte der Arbeiterrat seine gegebene Zusage zur 60-Stundenwoche rückgängig und verlangte die Einführung der tariflichen Arbeitszeit. Die sofortige Entlassung eines jungen Hilfsarbeiters, dessen Absicht darin bestand, 15 Stunden arbeiten möchte, und der außerdem entgegen den tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen täglich 11 Stunden arbeitet, veranlaßte den Vorsitzenden des Arbeiterrats, Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und gesetzlicher Betriebsvertretung bei dem Herrn Betriebsleiter anzuknüpfen, wobei auch die Frage der Arbeitszeit mit behandelt werden sollte. Dieses Verlangen scheint dem Herrn Betriebsleiter auf die Nerven gefallen zu sein. Nach uns zugegangenen Mitteilungen hat die Antwort des Betriebsleiters auf diese Anfrage gelautet: „Wenn Sie sich diesen Ton nicht abgewöhnen, dann habe ich Ihnen ein paar in die Presse, überhaupt wenn die Hege nicht bald aufhört, fliegen Sie raus, und wenn es mich auch ein Stück Geld kostet.“ — Wir glauben, daß nicht nur das Gewerbeaufsichtsamte, sondern auch die Staatsanwaltschaft alle Ursache hat, sich diesen Betrieb etwas genauer anzusehen. Die ganzen Vorgänge lassen auch darauf schließen, daß die Firma keinen Wert mehr auf ihre Arbeiterkundschaft legt. Es gab eine Zeit, da war es anders. Vor uns liegt ein Brief, den die Firma Schumacher am 21. Dezember 1924 an die Redaktion unserer Verbandszeitung richtete, und in dem es heißt: „Da Ihre Zeitschrift vom 20. Dezember, die mit von meinen Arbeitern gezeigt wurde, einen Artikel über meine Firma enthält, die unserem Geschäftsprinzip Anerkennung zollt, so möchte ich Sie bitten, mir vielleicht circa 20 Exemplare der Ausgabe vom 20. Dezember zu senden. Ich werde Ihnen als Gegenleistung nach Empfang 20 Mk. überweisen für Ihre Parteikasse, zumal gerade die am wenigsten bemittelte Bevölkerung des Industriegebietes am meisten unsere Waren kauft.“ Selbstverständlich haben wir abgelehnt, unsere Parteikasse vor der Firma Schumacher mit Geld zu lassen. Wir haben der Firma damals 20 Exemplare geschickt, ihr das Exemplar mit dem Preis von 10 Pf. berechnet und ihr im übrigen freigestellt, die uns zurück angebotenen 18 Mk. nach eigenem Ermessen zu verwenden. Wir erklären uns sogar heute noch bereit, der Firma einen größeren Teil Exemplare der Zeitung mit diesem Artikel dazu sogar unentgeltlich zu liefern, damit die Arbeiterkundschaft der Firma Schumacher die mühseligen eingetragenen geistige Entschädigung der Firmeninhaber und ihres Betriebsleiters kennen kann. An uns soll es nicht liegen, daß diese „feinen“ Verhandlungsmethoden der Tapetenfabrik nicht auch in den Kreisen der Arbeiterkundschaft der Firma Schumacher genügend bekannt werden. Wir sind sehr überzeugt, daß die Firma Schumacher, sobald die Scherbenstücke der Arbeiterkundschaft deren Tapeten kaufenden Kassengemeinden bekannt wird, noch mehrere Geschäfte machen dürfte; allerdings kann außerhalb der deutschen Grenzgebiete, da das deutsche Arbeiterpublikum es wahrheitsgemäß abkann, sein Tapetenbedarf in Zukunft noch bei einer Firma zu suchen, deren Arbeiterbehandlung an die Methoden der Schumacher erinnert. Selbstverständlich werden wir auch sonst die gesetzlichen Wege beschreiten, die geeignet sind, Herrn Schumacher jun. zur Einhaltung der tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen zu veranlassen. Trotzdem sollte auch bei der Firma Schumacher beschäftigte Tapetenarbeiter sich dieser Behandlung ihre Lehren ziehen und sich geschlossen im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands eine Wehr gegen unbefugte Unternehmergefühle schaffen.

Kassette I. Hr. Unsere Kassette hat im 4. Quartal 1928 27 Neuzugänge durch Neu- und Betriebsorganisation ergeben können. Dabei haben sich folgende Kollegen besonders beteiligt:

Otto Müller (Kassette), gewonnen	38 Mitglieder
W. Vogt (Kassette), gewonnen	24
W. Schmidt (Kassette), gewonnen	17
F. Schmidt (Kassette), gew.	11
Otto Schmidt (Kassette), gewonnen	11
Max Stenzel (Kassette), gewonnen	10
Paul Wagner (Kassette), gewonnen	10

Bei den Kassetten I. Hr. ist in dieser Hinsicht die Betriebsorganisation in erheblichem Maße vorhanden ist. Und trotzdem der

Erfolg. Die Frühjahrslöhnbewegungen müssen auch eine zahlenmäßige Stärkung der Organisation bringen; daß dies geht, beweist der erste Erfolg. Zwei Kollegen haben am vorigen Sonntag allein 80 Neuzugänge gemacht.

„Ich will!“ Das Wort ist mächtig.
Sprichts einer erst und still,
Die Sterne reißt's vom Himmel,
Das eine Wort: „Ich will!“

Ludwigshafen. Die Firma Dr. Raschig rationalisiert. Die Firma Dr. Raschig hat beim Jahresbeginn circa 50 Arbeiter entlassen. Diese Maßnahme wurde mit Arbeitsmangel begründet. Die Firma hat leider unterlassen, vor der Entlassung die sozialen Verhältnisse des einzelnen zu prüfen. Dies zeigte sich am 7. März 1929 vor dem Arbeitsgericht Ludwigshafen a. Rh., das sich mit mehreren Fällen dieses Betriebes beschäftigten mußte. Unter den Klägern befanden sich ältere Arbeiter, die teilweise über 10 Jahre im Betrieb beschäftigt waren, auch solche, die im Betrieb Unfälle erlitten und sonst ihre Gesundheit geschädigt haben. Daraus ergibt sich schon, daß die Auswahl nach einem bestimmten System erfolgte. Ein Betriebsleiter der Firma hat auch mehrmals betont, daß eine Anleihe vorgenommen worden ist und Arbeiter, die nicht mehr vollleistungsfähig sind und solche, die sich unliebsam gemacht haben oder solche, die öfter krank sind, zur Entlassung kamen. Nach der Entlassung dieses Herrn hat eben ein Arbeiter nicht krank zu sein, er darf auch keinen Unfall erleiden, denn solcher wird von der Firma nicht anerkannt. Einem Arbeiter, der in der Hauptsache seinen Einspruch auf Unfälle stützte, wurde erklärt: „Die Ursache dieser Unfälle war im übrigen so allgemeiner Natur, daß man sie überhaupt nicht als Betriebsunfälle bezeichnen kann. Das gleiche Mißgeschick hätte dem Kläger auch jetzt jederzeit außerhalb des Betriebes passieren können und es ist zum großen Teil auf Unvorsichtigkeit und somit auf eigenes Verschulden des Klägers zurückzuführen. Bei einiger Aufmerksamkeit hätten sich diese Unfälle wohl vermeiden lassen.“ Zum gleichen Falle wurde in einem Anschreiben an das Arbeitsgericht versucht, die Sache so hinzustellen, als sei der Arbeiter aus Gnade und Barmherzigkeit beschäftigt worden, es heißt nämlich wörtlich in diesem Schreiben, „daß der Kläger seine Einstellung in meinem Betrieb überhaupt nur der wiederholten Fürsprache eines Werksangehörigen zu verdanken hat“ usw. Bei der Verhandlung am 7. März 1929 stellte sich nun heraus, wer der Werksangehörige war: ein Geistlicher, der in der Hitze des Gefechtes zum Werksangehörigen aufstieg. Auch ein Arbeiter tat sich besonders als Wohltäter hervor, indem er einem Kläger vorwarf, daß er seine Beschäftigung im Betrieb nur ihm und seiner Fürsprache zu verdanken gehabt hätte. Er bezeichnet den Arbeiter im Laufe der Verhandlung als Drückerberger. Wie schon erwähnt, sind die Entlassungen angeblich „wegen Arbeitsmangel“ erfolgt, obwohl die Belegschaft der Firma auf dem Standpunkt steht, daß Arbeitsmangel nicht vorliegt, vielmehr soviel Arbeit vorhanden ist, daß überstunden geleistet werden. Ein Kläger machte dies besonders geltend und stellte die Behauptung auf, die nicht widerlegt werden konnte, daß er vor seiner Entlassung zwei, drei und vier Überstunden geleistet hat. Die Einschränkung des Betriebes wurde von den Vertretern der Firma als eine zwingende Notwendigkeit bezeichnet, weil das Betriebsergebnis für das Jahr 1928 gezeigt habe, daß die Betriebsführung zu kostspielig war (wenn die Firma das einseht, dann muß sie bei der Betriebsführung reformieren bzw. sparen. Die Red.), und daß unbedingt Einschränkungen vorgenommen werden mußten. In dem bereits angeführten Anschreiben an das Arbeitsgericht ist wörtlich gesagt: Es kann nachgewiesen werden, daß allein für die im Laufe des Jahres erfolgten Lohnerhöhungen usw., der Firma gegenüber dem Jahre 1927 Mehraufgaben in Höhe von 240 000 Mk. entstanden sind. Wenn die Arbeiter, deren Zahl im Durchschnitt im Jahre 1928 400 betrug, wirklich eine solche Lohnerhöhung erhalten hätten, könnten sie sich zu den glücklichsten zählen, entließe doch auf den einzelnen Arbeiter eine Lohnerhöhung von 600 Mk. im Jahr bzw. 50 Mk. pro Monat, oder die Stunde rund 24 Pf. Da die Arbeiter aber nur 7 Pf. die Stunde mehr erhielten, kann diese Rechnung nicht stimmen. Angenommen, es wären nur Vollarbeiter im Betriebe, was nicht der Fall ist, es sind auch Frauen und Jugendliche beschäftigt, so würde die an Lohnerhöhung gewährte Summe 69 888 Mk. betragen, also rund 70 000 Mk. Wer hat nun die Überstunden 170 000 Mk. an Lohnerhöhung erhalten? Sind vielleicht die Angestellten des Betriebes als Arbeiter mitgezählt worden? Neben 400 Arbeitern sind 120 Angestellte im Betrieb beschäftigt, also auf 3,3 Arbeiter ein Angestellter. Wenn ja, dann steht fest, daß die Angestellten etwas besser abgefunden haben als die Arbeiter, denn die Erhöhung beträgt dann für den einzelnen Angestellten im Durchschnitt pro Jahr 1416,66 Mk., pro Monat 118,05 Mk., pro Stunde 36,75 Pf. Wäre hier nicht eine Rationalisierung am Platze? Ist nicht hierin der Grund zu finden, daß die Betriebsführung so kostspielig ist? Vielleicht macht sich die Firma darüber einmal Gedanken. Aus allem dem ergibt sich, daß seit dem Ableben des Herrn Dr. Raschig ein anderer Geist in der Betriebsführung eingezogen ist, und daß das soziale Verständnis für die Arbeiterkundschaft nicht mehr in dem Maße vorhanden ist wie zu Lebzeiten des Verstorbenen. Dem Wunschteil der Arbeiterkundschaft dieser Firma, der heute unorganisiert herumläuft, empfehlen wir, die richtige Lehre aus allen den Vorkommnissen zu ziehen und sich geschlossen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands anzuschließen. — In besteht die Möglichkeit, andere Verhältnisse zu schaffen. Besitzt die Belegschaft diesen Ratsschlag, dann ist sie das, was Herr Dr. Raschig jen. dem ersten Arbeiterratsauschuß bereits im Jahre 1925 anempfahl. Als damals der Ausschuss im Auftrag der Belegschaft Lohnforderungen stellte, fragte Herr Dr. Raschig die Mitglieder dieses Ausschusses, ob sie auch organisiert seien. Nachdem dies nicht von allen bejaht werden konnte, gab er ihnen den Rat, sie mögen sich erst alle organisieren und dann wiederkommen. Für die Arbeiterkundschaft gibt es nur ein Mittel, um sich gegen die Übermacht des Kapitals zu wehren: Zusammenschluß aller Arbeiter nicht nur, sondern gegen die Arbeitgeber. Im Verband der Fabrikarbeiter finden die Arbeiter ihre Interessenvertretung. Derringer.

Mainz. Unsere Jahreshilfe hielt am Sonntag, dem 10. März 1929, im eigenen Heim, Köhlerstraße 29, in Mainz ihre diesjährige Generalversammlung ab. Anwesend waren 81 Delegierte, darunter drei Kolleginnen. Nach Eröffnung der in abgeklungenen Geschäftsjahr geführten 41 Mitglieder erkaufte Kollege Trauer den Geschäfts- und Kassenericht. Die wirtschaftliche Erhebung von 1927 wurde auch in das Berichtsjahr mit übernommen und dauerte bis in die erste Hälfte des Jahres. In allen Branchen, wo Löhne kürzbar waren, wurden sie gekündigt und es ist gelungen, die Löhne der Arbeiterinnen um durchschnittlich um 4 Pf., die der unorganisierten Arbeiter um 7 Pf. und die der gelernten Arbeiter um 8 Pf. zu erhöhen. Der Anstoß der Frühjahrslöhnbewegung wurde in der Chemie eingeht und der Erfolg dieser Löhnbewegung war der Schlüssel für die uns zusehenden Industrien unseres Bezirks und darüber hinaus. Mit Ausnahme in einer Industrie (Wasserschleierei) sind die Löhnbewegungen auf dem Verhandlungswege und zum Teil unter Mithilfe der Schlichtungsinstitutionen erledigt worden. Sämtliche unserer Mitglieder waren an den Löhnbewegungen beteiligt; es werden 77 Firmen mit 4293 Beschäftigten, darunter 2070 Arbeiterinnen, erfasst. Hierunter waren Mitglieder unseres Verbandes 3921, darunter freier Verbände 1397, Christi 319, während 3659 Arbeiter nicht organisiert waren. Hieraus ist ersichtlich, daß in unserem Zuständigkeitsbereich 357 organisierte Arbeiter gleich 61,5 Prozent und 3659 unorganisierte, gleich 33,5 Prozent, vorhanden sind. Von den unorganisierten entfallen 1637, gleich 44,3 Prozent, auf Arbeiterinnen und 1922, gleich 52,7 Prozent, auf männl. Arbeiter. Die Erfolge der Organisation für sich in Anspruch nehmen. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Funktionären war gut. Die Forderungen und Arbeitszeit wurde in 23 Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen erledigt. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahr um 25 gleich 7 Prozent, gestiegen. Durch Bezirks- und Hausorganisation wurden im Berichtsjahr 110 Neuzugänge erzielt. Von den Arbeitsgerichten hatten wir 59 Klagen mit einem Streikwert

von 12 830,84 Mk. Davon wurden 42 Klagen mit Erfolg für die Arbeiter mit einem Streikwert von 8831 Mk. entschieden. Das Betriebsrätemeßen hat sich weiter günstig entwickelt. Mit Ausnahme einiger Ziegeleien und sonstiger kleinen Betriebe mit 4 bis 5 Arbeitern sind gesetzliche Betriebsvertretungen vorhanden. Von insgesamt 204 Arbeiterräten gehören 130 unserer Organisation an, von denen 39 als Arbeiter- und Betriebsratsvorsitzende fungieren. Im Berichtsjahre haben bei Krankheit und Arbeitslosigkeit 2344 Mitglieder, gleich 59 Prozent, für 41 421 Tage den Betrag von 72 087,90 Mk. Unterstützung bezogen, ein Mehr gegenüber 1927 von 208 Mitgliedern mit 4200 Tagen und 8623,60 Mk. an Unterstützung. Zum Kassenericht erklärte der Kollege Winkler: In der Höhe des geleisteten Betrages ist eine wesentliche Steigerung zu verzeichnen. Insgesamt sind 214 000 Marken im Gesamtwert von 213 841 Mk. umgesetzt. Der Hauptkassette wurden im Berichtsjahre unter Abzug aller an die Hauptkasse gestellten Ansprüche an Unterstützungen der Betrag von 60 111,73 Mk. überwiesen. In der Lokalkasse betragen die Einnahmen 85 573,90 Mk., die Ausgaben 66 470,77 Mk., der Kassenbestand beträgt somit am Jahresabschluß 19 103,13 Mk. Anschließend an die Berichte fand eine lebhafte, aber sachliche Diskussion statt. Die Arbeiten wurden von allen Rednern anerkannt und der Vorstand einstimmig entlassen. Bei der Vorstandswahl wurden für die freiwillig zurücktretenden Kollegen Schworm, Dillmann und Röder die Kollegen Gabel, Großmann und Radau gewählt. Mit Worten des Dankes und dem Wunsch, daß alle Funktionäre und Mitglieder im Jahre 1929 am weiteren Fortschritt unserer Jahreshilfe mitarbeiten möchten, wurde die gut verkaufte Generalversammlung geschlossen.

Oberhofe. Wer schon einmal einen Blick in die Kieselgurbetriebe geworfen hat, weiß, woran die Kollegen kranken. Ein Leben wird hier gefristet, nicht viel besser als das der schlesischen Weber aus dem gleichnamigen Film. Selbstschuld war und bleibt es schon deswegen, weil die meisten der Kieselgurarbeiter in dem Wahn verfallen sind, ihnen könne auch keine Organisation helfen. Mühelose Arbeit bedurfte es, wenigstens die Stamarbeiter reiflos zu organisieren. An euch, organisierte Kollegen, geht besonders der Ruf: Helft mit an der Arbeit, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern! Alle Zugvögel, die im Sommer wieder ihre Nester an den Kieselgurwerken aufbauen, müssen mit hinein in unsere Reihen, um den Kampf für Brot, Recht und Freiheit aufnehmen zu können. Es ist ein Jammer, wenn man die Kollegen in ihrer Freizeit sieht, lustlos an allem, blickt sie dem Alkohol, vergessen den Kampf um ihre Existenz, um das Lebensrecht. Wie laßt der Unternehmer, wenn ihr ihm so neue Profite schafft und ihr, moralisch verkommen, eure Pflichten vergeßt. Wacht auf, Kollegen! Wir stehen vor den Lohnverhandlungen und den Betriebsrätemahlen. Wählt Betriebsräte, die eure Interessen vertreten, keine Schreier, die, um gewählt zu werden, euch goldene Berge versprechen! Organisiert euch bis auf den letzten Mann, damit der Betriebsrat, gestützt auf eure einheitliche Organisation, in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft eure Rechte wahren und vertreten kann! Ihr wißt, wie ihr vom Direktor und vom Inspektor geachtet werdet, nicht als Mensch, sondern als Maschine, die nicht krank werden und nicht stehenbleiben darf, damit der Mehrwert nicht beeinträchtigt wird. Lohn und soziale Verhältnisse sind weit zurück. Darum nicht schlafen und auf den Lorbeeren ausrühen, sondern noch heute an die Arbeit! Der Stundenlohn von 54 Pf. muß doch schon genügen, euch gegen die Kieselgurbarone zu einigen. Sie können und müssen mehr zahlen. Unsere Forderungen sind berechtigt, und wir werden uns, wenn wir eine geschlossene Einheitsfront sind, unserem Ziele nähern. Deswegen, Kollegen, tretet sofort ein in den freien Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

Worms. Am Sonntag, dem 3. März, tagte im Volkshaus die diesjährige Delegierten-Generalversammlung der Jahreshilfe. Der erste Bevollmächtigte, Kollege Amadori, widmete den im Jahre 1928 gestorbenen Mitgliedern einen Nachruf. Der gedruckte Geschäfts- und Kassenericht wurde erläutert und ergänzt von dem Geschäftsführer, Kollegen Behr. Die Gewinnung und Schulung von Frauenkassenerichtern in den Betrieben ist zum größten Teil gelungen. Wo wir „schaffensfrühdige“ Betriebsräte und tatkräftige Frauenkassenerichtern haben, sind auch die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Die Lage der für uns zuständigen Industrie war im allgemeinen zufriedenstellend. Die im Frühjahr 1928 gekündigten Tarifverträge wurden alle ohne Kampf neu abgeschlossen. Die Lohnverhandlungen der Firma W. J. D. Valkenberg blieben im Jahre 1928 eine Lohnverhandlung verlagert, da der Schiedspruch für die gemischte Fabrikindustrie von Worms nicht für verbindlich erklärt wurde. Möge die Belegschaft dieser Firma endlich begreifen, daß Lohnfragen Nachfragen sind. Eine wesentliche Besserung wurde auch in der Beitragsleistung erzielt. Ein gehöriges Stück Aufklärungs- und Erziehungsarbeit war notwendig, um die Mitgliedschaft von der fatalen Gewohnheit Beitragsleistung zu überzeugen. Sehr viel zu wünschen übrig läßt heute noch die Bezahlung der Hausfondsmarken zur Finanzierung des Wormser Volkshauses. Über 800 Mk. mußte die Lokalkasse im Jahre 1928 zufügen, um den Verpflichtungen gegenüber der Volkshaus G. m. b. H. nachzukommen. Die vom Bezirkskartell für Körper- und Geisteskultur veranstalteten Bildungsvorträge hätten von Seiten unserer Funktionäre besser besucht werden können. Kollege Behr kommt zu dem Schluß, daß das Jahr 1929 einen weiteren Aufstieg der Jahreshilfe Worms bringen müsse, dazu aber notwendig sei, daß alle Funktionäre weiterhin in den Dienst unserer guten Sache stellen. — Aus dem Kassenericht ist zu entnehmen: Gesamteinnahme 36 925,55 Mark. An Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt 12 359,65 Mk. Der Kassenbestand der Lokalkasse betrug am Ende des Jahres 870 Mk. — In der Aussprache beteiligten sich die Kollegen J. Horst, Ph. Selbert, Heinrich Beyer, J. Kapper, Fr. Fuchs, G. Busch. Alle Kollegen sind mit der geleisteten Arbeit zufrieden. Auf Antrag der Revisoren wird dem Vorstand und dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. — Die Jahreshilfe Worms besteht im Jahre 1929 25 Jahre. Der Vorstand unterbreitet daher der Generalversammlung den Antrag, daß dieses Ereignis durch eine schlichte Feier festgehalten und die Geschichte der Jahreshilfe in einer gedruckten Festschrift unseren Mitgliedern zur Kenntnis gegeben wird. Die Versammlung ist damit einverstanden. Ein Antrag des Kollegen Beyer, unser Hans Speyerer St. 28 zu verkaufen, wird, nachdem die Kollegen Franz Fuchs, Wilhelm Amadori und Gaultier Fröh Nühl dagegen gesprochen, gegen 2 Stimmen abgelehnt. — Zur Vorstandswahl wurde der Vorstand der Wormser Mitgliedschaft an bloc angenommen. Demnach setzt sich der Vorstand für das Jahr 1929 wie folgt zusammen: W. Amadori, A. Behr, F. Fuchs, G. Ruckelshausen, J. Grünwald, Ph. Selbert, A. Kramer, H. Acker, L. Schäfer, Ph. Bohn. Kollege Amadori dankt für das bewiesene Vertrauen und wünscht, daß das Jahr 1929 der Jahreshilfe Worms einen weiteren Aufstieg bringen möge. — Kollege Gaultier Fröh Nühl referiert sodann über die Gegenwartsausgabe der Gewerkschaften. Mögen seine Worte mit dazu beitragen, daß die Reihen der Organisation mehr gestärkt werden.

Literarisches.

Moderne Methoden der Rechnerwertung. Von Prof. Doktor H. Großmann. Verlag der Polytechnischen Buchhandlung A. Seidel in Berlin, 16 Seiten. Preis 1 Mark. Die Schrift enthält zwei Radiovorträge des Professors Großmann von der Berliner Universität, der in gedrängter Form die technischen Voraussetzungen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Ferngasversorgung durch den Rehrkohlenbergbau behandelt, und in seinem zweiten Vortrag auf die Verflüssigung der Kohle eingeht, die nach dem Bergbauverfahren von der I. G. Farbenindustrie im Leunawerk auf Braunkohle beruhend durchgeführt ist und für die Steinkohlenverflüssigung getragen vom gesamten Ruhrbergbau, von der Gesellschaft für Feuerwertung in Duisburg-Meiderich in Angriff genommen wird. Auch in diesem Vortrag werden die technischen Voraussetzungen und die zu erwartende Wirtschaftlichkeit des Verfahrens behandelt. Dem Zeit und Gelegenheit fehlt, sich durch größere Werke mit dem Problem vertraut zu machen, der kann sich aus diesem Schriftchen die notwendigen Orientierungen verschaffen. G. Haupt.